

31a
V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 6

Juni 1975

Grafik des Monats: Landtagswahl

Aufsätze:

Erwerbstätige und Beruf (Teil 1)
Landtagswahl (Teil 1)
Bilanzstruktur 1969
Handwerk 1974

Kurzberichte:

Ausländer in der Industrie

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1973/74	1974/75	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt November bis März			
INDUSTRIE¹					
Produktionsindex	1962 = 100	190	187	-	2
Beschäftigte	1 000	187	181	-	3
Umsatz ²	Mill. DM	1 618	1 666	+	3
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	22	20	-	9
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6,5	5,7	-	12
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 731	1 149	-	34
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	367,2 ^a	376,1 ^a	+	2 ^a
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	258,9 ^a	336,6 ^a	+	30 ^a
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 410	6 633	+	23
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	136,2	142,7	+	5
Grundstoffpreise ³	1962 = 100	134,1 ^a	143,7 ^a	+	7 ^a
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	121,8	134,0	+	10
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	121,1	119,9	-	1
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	123,7	131,1	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	120,9	126,3	+	4
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 172	5 312	+	3
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	18 006	19 729	+	10
Spareinlagen	Mill. DM	7 721	8 663	+	12
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	107	117	+	10
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	92	98	+	7
Lohnsteuer	Mill. DM	189	210	+	11
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	279	295	+	6

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundschaft
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer
a) November bis Februar

INHALT 6/75

	Seite
Aktuelle Auslese	125
Aufsätze	
Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein (Teil 1)	126
Landtagswahl 1975 (Teil 1)	130
Die Zusammensetzung des gewerblichen Betriebsvermögens in Schleswig-Holstein . . .	139
Handwerk 1974	144
Kurzberichte.	
Ausländische Arbeitnehmer in der schleswig- holsteinischen Industrie am 30. 9. 1974	146
Grafik des Monats	136
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie) . . .	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

„Das Flüchtlingsgeschehen in Schleswig-Holstein
infolge des 2. Weltkriegs im Spiegel der amtlichen Statistik“
108 Seiten, Preis 10,— DM

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Heft 6:
„Das Bruttoinlandsprodukt der kreisfreien Städte und Land-
kreise 1970 und 1972“
(Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landes-
ämter) 98 Seiten, Preis 8,— DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 1 / 1975

- Altersstruktur der Studenten
- Verarbeitende Industrie 1974
- Industrie-Investitionen 1973
- Investitionen im Baugewerbe
- Die nächste Wohnungszählung

Heft 2 / 1975

- 90 Jahre Raiffeisen
- Baugewerbe am Wendepunkt?
- Körperschaftsteuer 1971
- Umsatzentwicklung im Gastgewerbe

Heft 3 / 1975

- Mehrlingsgeburten
- Ausländische Studenten
- Struktur Löhne und Gehälter
- Krankenversicherung

Heft 4 / 1975

- Eheschließungen und -lösungen
- Zur Statistik im Einzelhandel
- Sozialprodukt (Teil 1)

Heft 5 / 1975

- Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

27. Jahrgang · Heft 6

Juni 1975

Aktuelle Auslese



Beschäftigung im Bauhauptgewerbe leicht verbessert

Erstmalig weist die Entwicklung des Beschäftigtenstandes kurzfristig wieder eine leicht steigende Tendenz zum Vormonat auf. Knapp 48 800 Personen waren Ende April im Bauhauptgewerbe tätig. Verstärkt eingestellt wurden Fach- und Hilfskräfte (+ 2,6 % und + 2,4 %), die Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten ging dagegen leicht zurück. Langfristig gesehen liegt die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der ersten vier Monate des Jahres aber immer noch um 14 % unter der des entsprechenden Vorjahreszeitraumes.



Weiterer Beschäftigungsrückgang in der Industrie

Die Industriebeschäftigung sank im April 1975 auf 177 100 Personen ab. Dies entspricht zwar nur etwa dem jahresdurchschnittlichen Stand von 1965, liegt aber immer noch deutlich höher als im Rezessionsjahr 1967 mit 171 000 Beschäftigten. In Jahresfrist, d. h. seit April 1974, wurden etwa 10 000 Industriebeschäftigte freigesetzt.



Verschiedener Lohnanstieg in Industrie und Bau

Für Januar 1975 weist die Verdiensterhebung in Industrie und Handel für die Arbeiter (Männer und Frauen) in der Industrie (ohne Bau) einen Bruttowochenverdienst von 391 DM aus. Das bedeutet einen Anstieg gegenüber Januar 1974 (359 DM) von 8,9 %. Damit war der Lohnanstieg im Jahre 1974 um 1,7 Punkte größer als im Jahre 1973 (+ 7,2 %).

Im Hoch- und Tiefbau dagegen erreichte der Anstieg des Bruttowochenverdienstes im gleichen Zeitraum nur 1,8 % (409 DM gegenüber 402 DM). Dieser geringe Anstieg, der im Unterschied zu den Industriearbeitern real einen Lohnverlust bedeuten dürfte, ist sicher nicht auf den an sich bauschwachen Berichtsmonat (Januar) zurückzuführen,

sondern konjunkturbedingt. Von Januar 1973 zu Januar 1974 hatten die Bauarbeiter einen Anstieg des Bruttowochenverdienstes um 9,5 %, nämlich von 367 DM auf 402 DM zu verzeichnen gehabt.



Wirtschaftliches Wachstum in den Kreisen

Nach den neuesten Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts nach Kreisen für 1972 hat sich die wirtschaftliche Leistungskraft im Vergleich zu 1970 im Kreis Steinburg am günstigsten entwickelt. Während das Bruttoinlandsprodukt sich zwischen 1970 und 1972 in Schleswig-Holstein insgesamt um durchschnittlich jährlich 11,7 % erhöhte, wuchs es im Kreis Steinburg um 22 %. Diese erheblich über dem Durchschnitt liegende Veränderung ist allerdings ganz entscheidend auf die Verlagerung des Sitzes eines großen Unternehmens von einem anderen Bundesland nach Schleswig-Holstein zurückzuführen. Überdurchschnittliche Zuwachsraten weisen in der weiteren Rangfolge die Kreise und kreisfreien Städte Segeberg, Hsgt. Lauenburg, Kiel, Neumünster, Stormarn, Rendsburg-Eckernförde und Flensburg auf, und zwar liegen die Raten zwischen 14,9 % im Kreis Segeberg und 11,9 % in der kreisfreien Stadt Flensburg.



Fast 100 000 Wohngeldempfänger am 31. 12. 1974

Am 31. 12. 1974 gab es in Schleswig-Holstein 99 713 Wohngeldempfänger, davon 89 931 Empfänger von Mietzuschuß und 9 782 Empfänger von Lastenzuschuß. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch belief sich auf 68 DM bei den Mietzuschußempfängern und 86 DM bei den Lastenzuschußempfängern, er streute nach den Haushaltsgrößen zwischen 61 DM für Einpersonenhaushalte und 147 DM für Haushalte mit 7 und mehr Personen bei den Mietzuschußempfängern und entsprechenden 63 DM und 156 DM bei den Lastenzuschußempfängern. Im Dezember 1974 wurden in Schleswig-Holstein insgesamt fast 7 Mill. DM an Wohngeld ausgezahlt.

Berufliche Gliederung der Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung vom 27. 5. 1970

- Teil 1 -

Die rasche demographische Entwicklung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts - eine unmittelbare Folge der fortschreitenden Industrialisierung - verhalf auch den Bevölkerungsstatistiken zu einem gewaltigen Aufschwung. Die erste Volkszählung im gesamten Deutschen Reich fand bereits im Jahre 1871 statt¹. Von 1875 bis 1910 wurden Volkszählungen in fünfjährigen (!) Abständen durchgeführt - allerdings mit einem, gemessen an heutigen Verhältnissen, recht bescheidenen Erhebungsprogramm. In dieser Zeit beginnen auch die Berufszählungen, deren erste im Jahre 1882 noch als eigene Zählung konzipiert war, die aber seit 1895 mit einer Ausnahme zusammen mit Volkszählungen durchgeführt wurden und seit 1925 einen festen Bestandteil des Volkszählungsprogramms bilden.

In der nunmehr fast hundertjährigen Geschichte der Berufszählungen haben sich selbstverständlich Ziele und Methoden dieser Erhebungen laufend geändert. Während es im Anfangsstadium hauptsächlich um aktuelle, aber noch relativ undifferenzierte Bestandsaufnahmen der Arbeitskräfte ging - wirtschafts- und berufssystematische Merkmale waren häufig vermengt³ - ist heute "... die Berufsklassifizierung Bestandteil eines begrifflichen Systems von Grundgliederungen, das dem Bedürfnis zu Feststellungen über das Gefüge dient. Dieses System erfaßt die Stellung zum Erwerbsleben, die überwiegende Quelle des Lebensunterhalts, den Wirtschaftszweig, die soziale Stellung, den Beruf und die Berufsausbildung³".

Die aktuellen Bestandsaufnahmen des Wirtschafts- und Arbeitslebens innerhalb des Volkszählungsprogramms werden heute von der Erwerbstätigkeitstatistik und der Arbeitsstättenzählung geliefert. Der Bedeutungswandel, den die Berufszählung durchgemacht

hat, hat folgerichtig dazu geführt, daß diese Zählung 1970 erstmals als eine Repräsentativerhebung mit einem Auswahlsatz von 10% durchgeführt worden ist.

Mit der Wahl dieser Erhebungsmethode war allerdings der Verzicht auf regionalisierte Ergebnisse verbunden. Darüber hinaus enthalten Stichprobenergebnisse natürlich Zufallsfehler und lassen sich deswegen sachlich nicht so tief gliedern wie Ergebnisse einer Totalerhebung.

Das Ziel dieser Erhebung ist dennoch erreicht; denn selbstverständlich erlauben es die Ergebnisse der Berufszählung 1970, die Berufsstruktur der Bevölkerung sorgfältig zu untersuchen und sie mit den Ergebnissen vorangegangener Zählungen zu vergleichen.

Zur Methode

Gegenüber ihrer Vorgängerin von 1961 weist die Berufszählung 1970 mehrere methodische Abweichungen auf. Es wurde schon das Stichprobenverfahren genannt, das 1970 der Totalerhebung vorgezogen wurde. Die repräsentativ erhobenen Antworten enthalten einen Zufallsfehler, der vom Auswahlsatz, vom Anteil des Merkmals an der Gesamtheit, vom Umfang der Auswahlbezirke und von der regionalen Streuung des jeweils erhobenen Merkmals abhängt. Die folgende Abbildung veranschaulicht, wie hoch der jeweilige Zufallsfehler bei unterschiedlicher Besetzungszahl je Tabellenfeld ist.

Während die Fragen des Repräsentativteils der Volkszählung 1970 nur an die deutsche Bevölkerung gerichtet waren, sind 1961 die den Beruf betreffenden Fragen von allen Erwerbstätigen ausgefüllt worden. Dadurch ist natürlich der Vergleich zwischen 1961 und 1970 erschwert. Andererseits hätte man vermutlich ein unbefriedigendes Ergebnis erzielt, wenn die recht komplizierten Fragen des Repräsentativteils auch von Ausländern hätten ausgefüllt werden müssen. Außerdem ist zumindest der langfristige Vergleich von Berufszählungsergebnissen nicht ohne weiteres möglich; denn selbst bei unveränderter Berufssystematik ändern sich doch - bedingt durch

1) Vergleiche auch im folgenden E. Lind, Die Volkszählungen, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, herausgegeben von Friedr. Burgdörfer, Berlin 1940, Band I, S. 168 ff.

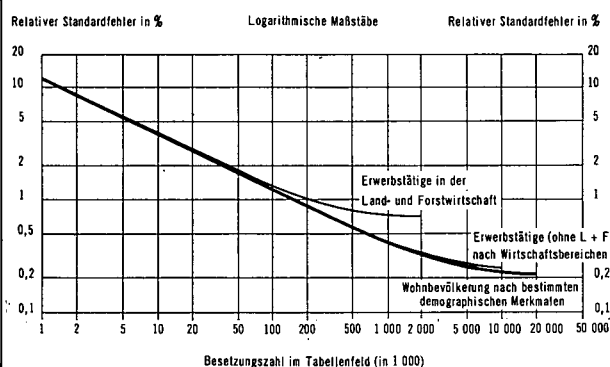
2) Vergleiche auch im folgenden R. Plate, in: Die Statistik in Deutschland ..., ebenda, Band II, S. 654

3) Erwerbspersonen in beruflicher Gliederung, o. V., Heft 13 der Reihe "Volks- und Berufszählung vom 6. Juni 1961", erschienen in der Fachserie "Bevölkerung und Kultur", herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart und Mainz, 1968, S. 19

RELATIVER STANDARDFEHLER DER 10 %- STICHPROBE DER VOLKZÄHLUNG 1970 IN ABHÄNGIGKEIT VON DER BESETZUNGSZAHL DER JEWEILIGEN TABELLENFELDER¹⁾

Beispiel für die Wohnbevölkerung in der Gliederung nach demographischen Merkmalen sowie für Erwerbstätige in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen

- für Bundesergebnisse und näherungsweise auch für Länderergebnisse -



1) Geschätzt nach dem Binomialsatz unter Berücksichtigung eines Zuschlagfaktors für den Klumpeneffekt

Quelle: Statistisches Bundesamt Fachserie "Bevölkerung - Kultur", VZ 70, Heft 20 D - 4683

technische Fortschritte und andere ökonomische Einflüsse - bei sehr vielen Berufen laufend deren Tätigkeitsmerkmale.

Um sich diesen Veränderungen anzupassen, war es auch immer wieder erforderlich, die Berufssystematik zu ändern. Es ist gelungen, diese Veränderungen in das Grundsystem einzubauen, ohne auf eine Vergleichbarkeit gegenüber früheren Ergebnissen ganz verzichten zu müssen⁴. Diese Klassifizierung der Berufe gliedert die mehr als 20 000 Berufsbenennungen in folgende systematische Einheiten:

- 6 Berufsbereiche
- 33 Berufsabschnitte
- 86 Berufsgruppen
- 328 Berufsordnungen
- 1 672 Berufsklassen

Die Berufsbereiche bilden die oberste Einheit der Systematik. Sie fassen "die Berufe zusammen, die sich dem Wesen ihres Tätigkeitsinhalts nach, also in den Arbeitsaufgaben und in der allgemeinen Art der Tätigkeit, berühren. Einteilung und Anordnung folgen dabei weitgehend der üblichen Unterscheidung in Urproduktions-, Fertigungs- und Dienstleistungsberufe"⁵.

4) Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, die zahlreichen Änderungen der neuesten Systematik gegenüber der von 1961 hier darzustellen. Der interessierte Leser vergleiche dazu: Klassifizierung der Berufe, Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, Ausgabe 1970, erschienen in der Reihe "Systematische Verzeichnisse", herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart und Mainz 1970, S. 278 ff.

Wie auch schon 1961 wurde als Abgrenzungskriterium für die einzelnen Berufe die ausgeübte Tätigkeit verwendet, die eine erwerbstätige Person zu einem bestimmten Zeitpunkt verrichtet hat, unabhängig von ihrer Qualifikation, Stellung im Beruf oder Betrieb und ähnlichen Merkmalen; die Berufsklassifizierung ordnet also nicht nach gleichwertigen (wie Lohn- und Gehaltsgestaltung), sondern nach gleichartigen Tätigkeiten.

Über die Art der ausgeübten Tätigkeit sollte die Beantwortung der Frage 24

Für Erwerbstätige (auch Selbständige, Landwirte, Mithelfende)

24 Ausgeübte Tätigkeit

a) Beruf (bei Beamten
Amtsbezeichnung)

b) Stichwortartige
Beschreibung

(Arbeitsvorgang,
Werkstoff, Ware u. dgl.)

Auskunft geben. Neben dieser Berufsdefinition, nämlich der Art der ausgeübten Tätigkeit, gibt es noch eine weitere Definition: die des erlernten Berufes. Erstmals in einer Volkszählung wurden 1970 beide Fragen gestellt. Ein Vergleich der Angaben zu Frage 24 mit denen in 31 und 32

Für Personen über 14 Jahre

31 Haben Sie eine
praktische Berufsausbildung
beendet?
(Lehre, Anlernzeit oder dgl.)

Wenn ja: Dauer in Jahren

nein
ja

32 Auf welchen Beruf
bezog sich diese
Ausbildung?

gestattet Aufschlüsse über das Maß der Übereinstimmung zwischen der beruflichen Ausbildung und der am Zählungstichtag ausgeübten Erwerbstätigkeit.

Ergebnisse

In der Berufsklassifizierung ist die Gliederung nach Berufsbereichen die höchste Stufe der Zusammenfassung der ca. 20 000 Berufsbenennungen. Die Übersicht zeigt, wie viele Erwerbstätige anteilmäßig in den einzelnen Berufsbereichen zu finden sind:

5) Vergleiche auch im folgenden, Erwerbstätige nach Alter und Beruf, o. V., Heft 20 der Reihe "Volkszählung vom 27. Mai 1970", erschienen in der Fachserie "Bevölkerung und Kultur" herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, Stuttgart und Mainz 1974, S. 18 ff.

Berufsbereich	Anteil an den Erwerbs- tätigen ¹ in %	
	1961	1970
I Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe	15,6	9,8
II Bergleute, Mineralgewinner	0,2	0,1
III Fertigungsberufe (Schlosser, Elektriker, Bauberufe u. a.)	32,4	31,9
IV Technische Berufe (Ingenieure, Physiker, Techniker u. a.)	2,6	3,8
V Dienstleistungsberufe (Büroberufe, Warenkaufleute, Ordnungsberufe u. a.)	46,4	53,6
VI Sonstige Arbeitskräfte (mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft sowie Arbeitskräfte, die sich nicht einem der übrigen Bereiche zuordnen lassen)	2,9	0,9

1) 1970 nur für deutsche Erwerbstätige

Den höchsten absoluten Zuwachs erzielten die Dienstleistungsberufe mit rund 70 000 Personen. Mehr als die Hälfte aller deutschen Erwerbstätigen übten 1970 einen Beruf dieser Kategorie aus. Den höchsten relativen Zuwachs verzeichneten aber die technischen Berufe, die Ingenieure, Techniker und Physiker, ein zahlenmäßig kleiner, aber wirtschaftlich sehr bedeutender Berufsbereich, der seinen Anteil bemerkenswert vergrößern konnte. Wenig überraschend waren die tiefen Einbrüche in den landwirtschaftlichen Berufen, die die schon in den fünfziger Jahren einsetzende und seitdem anhaltende Abwärtsbewegung des Beschäftigtenstandes in der Landwirtschaft bestätigen. Im Gegensatz zur Aussage der Tabelle dürfte in den Fertigungsberufen insgesamt kein Rückgang, sondern eher eine Stagnation stattgefunden haben, da viele der ausländischen Arbeitnehmer, die 1970 in den Berufsstatistiken ja nicht miterfaßt wurden, zu diesem Berufsbereich gezählt werden können.

Die Gliederung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbereichen brachte folgende Ergebnisse:

Wirtschaftsbereich	Anteile der Erwerbstätigen in %	
	1961	1970
Landwirtschaft (primärer Sektor)	15,5	9,4
Produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor)	37,6	37,0
Dienstleistungen (tertiärer Sektor)	46,9	53,6

Vergleicht man die Ergebnisse der Gliederung nach der Berufssystematik mit denen nach der Wirtschaftssystematik⁶, so bestätigen sich die schon dort beobachteten Entwicklungen:

erhebliche Zunahmen im tertiären Sektor bei starker Abschwächung im primären Sektor und leichtem Rückgang im sekundären Sektor.

In dem genannten Aufsatz⁷ wurde die Vermutung geäußert, daß die Anteile der drei Sektoren an den Erwerbstätigen insgesamt von dem Ausmaß der tatsächlich erbrachten primären, sekundären und tertiären Leistungen abwichen, da bei der wirtschaftssystematischen Gliederung der Erwerbstätigen in jedem Sektor nicht zu messende Leistungen sektorfremder Art enthalten sind: "Bei der Aufteilung der Erwerbstätigen nach Sektoren kann auch hier nicht berücksichtigt werden, daß viele Erwerbstätige, die dem primären und sekundären Sektor zugerechnet werden, in Wirklichkeit tertiäre Dienste verrichten. Das trifft zum Beispiel für Verwaltungen von Industriebetrieben zu. Aber auch in der Landwirtschaft steigt der Umfang der tertiären Dienste erheblich. Andererseits findet man natürlich auch primäre und sekundäre Leistungen im tertiären Bereich. Könnte man aber in jedem Bereich die sektorfremden Leistungen trennen, so dürfte die Bilanz des Dienstleistungssektors noch günstiger (als 54% Anteil an allen Erwerbstätigen) ... sein".

Die damals noch nicht vorliegenden Ergebnisse der Berufszählung bestätigen diese Vermutung. Wie die folgende Übersicht zeigt, fließen in jeden Wirtschaftsbereich sektorfremde Leistungen, am meisten in das produzierende Gewerbe, dessen Erwerbstätige zu mehr als einem Viertel Dienstleistungen verrichten.

Wirtschaftsbereich	Deutsche Erwerbs- tätige insgesamt in 1 000	davon Berufe mit		
		primärem ¹	sekundärem ²	tertiärem ³
		Charakter in %		
Landwirtschaft (primärer Sektor)	96,8	96,0	1,2	2,8
Produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor)	369,3	0,2	71,4	28,4
Dienstleistungen (tertiärer Sektor)	540,5	0,9	10,5	88,6
Insgesamt	1 006,6	9,8	31,9	58,3

1) Berufsbereiche I

2) Berufsbereiche II und III

3) Berufsbereiche IV, V und VI

6) Unterschiedliche Zuordnungen der Erwerbstätigen ergeben sich dadurch, daß in der Wirtschaftssystematik der wirtschaftliche Schwerpunkt des Betriebes, in dem der Erwerbstätige arbeitet, ausschlaggebend ist, während in der Berufssystematik nur die ausgeübte Tätigkeit des Erwerbstätigen entscheidet

7) Vergleiche auch im folgenden: Erwerbstätigkeit in Schleswig-Holstein am 27. 5. 1970, Teil 2: Erwerbstätige in wirtschaftssystematischer Gliederung, in dieser Zeitschrift, 1973, S. 218 ff. (November/Dezember)

Während in beiden Darstellungen der Anteil der Erwerbstätigen im Primärbereich etwa gleich geblieben ist, ist der Anteil der Erwerbstätigen, die einen Beruf mit sekundärem Charakter ausüben, auf 32% abgesunken, während der Anteil der Dienstleistungen verrichtenden Erwerbstätigen auf über 58% angestiegen ist.

Aus tiefer gegliederten kombinierten Darstellungen der Erwerbstätigen nach Wirtschafts- und Berufsbereichen lassen sich weitere interessante Aufschlüsse gewinnen. Ordnet man einmal die Wirtschaftsgruppen nach der Zahl der in ihnen vertretenen Berufsordnungen, wird man - wenn auch nur grobe - Anhaltspunkte über die Vielfalt der dort ausgeübten Tätigkeiten finden.

In der folgenden Übersicht sind alle Wirtschaftsgruppen mit mindestens 20 000 deutschen Erwerbstätigen nach der Zahl der zu ihnen gehörenden Berufstätigen geordnet. Man sieht, daß die Gebietskörperschaften als stärkste Wirtschaftsgruppe auch die meisten Berufsordnungen⁸ umfassen. Wie man an der Wirtschaftsgruppe Landwirtschaft sieht, ist das zwar keineswegs zwangsläufig; um aber dennoch vorhandene Zusammenhänge zwischen der Zahl der Erwerbstätigen in einer Wirtschaftsgruppe und Zahl der in ihr vertretenen Berufsordnungen auszuschalten, wurde in Spalte 3 der Übersicht die durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen pro Berufsordnung für jede Wirtschaftsgruppe angegeben und

Wirtschaftsgruppe	Erwerbs- tätige in 1 000	Anzahl der Berufs- ordnungen	Durchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen pro Berufsordnung	
			in 1 000	(Rang)
Gebietskörperschaften	124,2	29	3,8	(10)
Landwirtschaft	84,3	6	13,7	(12)
Bauhauptgewerbe	68,6	20	3,1	(9)
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	36,7	18	1,7	(4)
Gesundheits- und Veterinärwesen	35,6	12	2,5	(6)
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	33,5	14	2,1	(5)
Maschinenbau	31,5	13	1,6	(2)
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln	30,9	6	4,7	(11)
Wissenschaft, Bildung, Erziehung	30,9	8	2,9	(8)
Elektrotechnik	24,1	13	1,2	(1)
Schiffbau	23,1	8	1,7	(3)
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	20,6	6	2,7	(7)

8) Es wurden nur Berufsordnungen mit mindestens 500 Berufstätigen berücksichtigt

hinsichtlich ihrer beruflichen Vielseitigkeit mit Rangziffern versehen.

Danach liegt die Wirtschaftsgruppe Elektrotechnik mit durchschnittlich 1 200 Erwerbstätigen pro Berufsordnung an erster Stelle. Die berufliche Vielfalt im verarbeitenden Gewerbe wird daran sichtbar, daß auf den ersten fünf Plätzen vier Wirtschaftsgruppen aus dieser Wirtschaftsabteilung liegen (Elektrotechnik, Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, Maschinenbau und Schiffbau). Dagegen zeigt sich in den Wirtschaftsgruppen Einzelhandel mit Nahrungsmitteln und Gebietskörperschaften eine recht einseitige Berufsstruktur, die aber noch weit von der Landwirtschaft übertroffen wird.

Während die obige Darstellung Anhaltspunkte über die Vielfalt der Berufsstrukturen innerhalb der Wirtschaftsgruppen liefert, kann die Darstellung der Verteilung der Berufsordnungen über die Wirtschaftszweige Aufschlüsse darüber geben, in wie vielen Wirtschaftszweigen Angehörige bestimmter Berufsordnungen eingesetzt werden können.

In der folgenden Aufstellung sind alle Berufsordnungen mit mindestens 10 000 Erwerbs-

Ausgewählte Berufsordnungen
nach der Zahl der Wirtschaftsabteilungen,
in denen sie mit mindestens 1 000 Erwerbstätigen vertreten sind

Schl.- Nr.	Berufsordnung	Erwerbs- tätige in 1 000
In nur einer Wirtschaftsabteilung		
801	Soldaten, Grenzschutz-, Polizeibedienstete	48,5
011	Landwirte	35,7
043	familieneigene Landarbeitkräfte	34,4
441	Maurer	21,7
691	Bankfachleute	12,8
041	Landarbeitkräfte	10,8
853	Krankenschwestern, Pfleger	10,2
in zwei Wirtschaftsabteilungen		
281	Kfz-Instandsetzer	13,1
501	Tischler	12,1
511	Maler, Lackierer (Ausbau)	10,7
762	leitende Verwaltungsfachleute	10,5
in drei Wirtschaftsabteilungen		
682	Verkäufer	48,1
681	Groß- und Einzelhandelskaufleute	34,5
751	Unternehmer, Geschäftsführer	11,0
in vier Wirtschaftsabteilungen		
270	Schlosser	30,4
933	Raum-Hausratsreiniger	18,0
311	Elektroinstallateure	15,1
782	Stenographen, Maschinenschreiber	13,2
744	Lager-, Transportarbeiter	10,1
in fünf und mehr Wirtschaftsabteilungen (Anzahl in Klammern)		
772	Buchhalter (5)	16,4
531	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe (6)	27,4
714	Kfz-Führer (6)	27,0
781	Bürofachkräfte (8)	90,7

tätigen nach der Anzahl der Wirtschaftsabteilungen gegliedert, in denen sie mindestens 1 000 Berufsangehörige stellen. Aus Platzgründen ist eine tiefere Gliederung - etwa nach Wirtschaftsgruppen und mit geringeren Besetzungszahlen - hier nicht möglich.

Unter den ausgewählten 23 Berufsordnungen mit 10 000 und mehr Erwerbstätigen sind 7 Berufsordnungen, deren Angehörige nach den oben genannten Kriterien nur in einer Wirtschaftsabteilung arbeiten, darunter alle großen landwirtschaftlichen Berufsordnungen und die Soldaten, Grenzschutz- und Polizeibediensteten als größte Berufsordnung des Berufsabschnitts Sicherheitswahrer.

Dagegen bestehen für die Berufsordnungen Buchhalter, Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe, Kraftfahrzeugführer und Bürofachkräfte die vielseitigsten Einsatzmöglich-

keiten, gemessen an den hier aufgestellten Kriterien.

Die Übersicht sagt lediglich aus, in wie vielen Wirtschaftsabteilungen bestimmte Berufsordnungen nachgefragt werden. Damit ist nur wenig über die beruflichen Chancen in den einzelnen Berufen gesagt. Einer derartigen Untersuchung, die wesentlich komplizierter ist, müssen zeitlich spezifizierte Berufsangebots- und Nachfrageberechnungen zugrunde gelegt werden, die hier nicht gemacht werden können und sollen.

Der folgende zweite Teil beschäftigt sich u. a. mit der Gliederung ausgewählter Berufe nach Geschlecht und Altersgruppen und der Entwicklung einzelner Berufe seit 1961.

Jörg Rüdell

Vergleiche auch: "Berufliche Gliederung der deutschen Erwerbstätigen (Ergebnis der Volks- und Berufszählung am 27. 5. 1970)" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 418 (Juni)

Landtagswahl 1975

Teil 1: Landes- und Wahlkreisergebnisse

Zahl der Wahlberechtigten
nur geringfügig erhöht

Zur Landtagswahl am 13. April 1975 waren in Schleswig-Holstein 1,84 Millionen Personen wahlberechtigt. Das sind 33 000 oder 2% mehr als bei der Landtagswahl 1971. Hinter diesem geringen Saldo verbergen sich jedoch größere Verschiebungen, die sich durch Umzug, Tod und Erreichen des Wahlalters ergeben. Etwa 350 000 Personen waren erstmals bei einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein wahlberechtigt. Das ist beinahe jeder Fünfte. Darunter befinden sich 127 000 oder fast 7% Jungwähler; das sind die Personen, die nach 1971 über 18 Jahre alt geworden sind. Die Frauen sind mit knapp einer Million oder 53% der Wahlberechtigten weiterhin in der Überzahl.

Eine umfassende Analyse der Altersstruktur der Wahlberechtigten, Wähler und Nichtwähler wird in einem der nächsten Statistischen Monatshefte erscheinen, sobald die entsprechenden Stichprobenermittlungen ausgewertet worden sind.

In den Wahlkreisen haben sich gegenüber 1971 erwartungsgemäß abweichende Entwicklungen ergeben. In allen Wahlkreisen der kreisfreien Städte ist die Zahl der Wahlberechtigten zurückgegangen. Besonders hoch war die

Abnahme in den Wahlkreisen 26 Kiel-Mitte (- 10%) und 1 Flensburg-West (- 9%). Demgegenüber weisen die an die kreisfreien Städte und besonders die an Hamburg angrenzenden Wahlkreise teilweise kräftige Zuwachsraten auf. Am größten war die Zunahme in den Wahlkreisen 23 Segeberg-West (+ 20%), 43 Reinbek (+ 12%), 14 Rendsburg-Ost (+ 11%) und 40 Norderstedt (+ 9%).

Im Landesdurchschnitt wohnen in einem Wahlkreis 41 800 Wahlberechtigte. Im kleinsten Wahlkreis sind es 33 000 (4 Südtondern) und im größten 50 000 (42 Lauenburg-Süd). Sie weichen um - 22% und um + 18% vom Landesdurchschnitt ab. Bei acht Zehnteln, nämlich 35 der 44 Wahlkreise, beläuft sich jedoch die Abweichung auf weniger als 10%.

Acht Parteien und zwei Einzelbewerber reichten Wahlvorschläge ein

Für die Wahl zum schleswig-holsteinischen Landtag können politische Parteien und parteilose Einzelbewerber Wahlvorschläge einreichen. Bei politischen Parteien ist dabei Voraussetzung, daß ihre Parteieigenschaft anerkannt ist. Sie gilt für die Parteien als gegeben, die mit mindestens einem in Schleswig-Holstein gewählten Abgeordneten

im Bundestag oder Landtag vertreten sind. Für alle anderen Parteien stellt sie der Landeswahlausschuß fest, nachdem sie ihre Beteiligung an der Wahl dem Landeswahlleiter angezeigt haben. Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), die Freie Demokratische Partei (FDP) und den Südschleswigschen Wählerverband (SSW), galt die Parteieigenschaft als festgestellt, während sie für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Deutsche Mittelstandspartei (DMP) und Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) vom Landeswahlausschuß bestätigt wurde. Diese Parteien haben Wahlvorschläge eingereicht. Neben der Beachtung von bestimmten Formvorschriften und Terminen mußten dabei die NPD, DKP, DMP und KPD sowie die Einzelbewerber Unterschriftenlisten mit mindestens jeweils 100 Wahlberechtigten vorlegen. Die Erfordernisse wurden von allen eingereichten Wahlvorschlägen erfüllt, so daß acht Parteien und zwei Einzelbewerber zur Wahl zugelassen worden sind.

Sechs Parteien waren schon an der letzten Landtagswahl beteiligt. Sie erschienen auf den Stimmzetteln in der Reihenfolge ihres Stimmenanteils von 1971: CDU, SPD, FDP, SSW, NPD und DKP. Danach folgten die erstmals auftretenden DMP und KPD in alphabetischer Reihenfolge und in den Wahlkreisen 20 Pinneberg und 39 Stormarn jeweils ein parteiloser Einzelbewerber. Die noch 1971 kandidierende Europa Partei (EP) hatte keine Wahlvorschläge eingereicht.

Alle Parteien hatten Landeslisten aufgestellt. In allen Wahlkreisen kandidierten aber nur die CDU, SPD, FDP, NPD und DKP, während der SSW in 14 Wahlkreisen und die DMP und die KPD in jeweils 10 Wahlkreisen gewählt werden konnten.

Insgesamt bewarben sich 333 Kandidaten um die 73 Landtagssitze. Bei der Wahl im Jahre 1971 sind es 338 gewesen. Knapp vier Zehntel, nämlich 125 waren sowohl in einem Wahlkreis als auch auf der Landesliste ihrer Partei aufgestellt. Der SSW und die SPD machten am häufigsten von dieser Doppelnominierung Gebrauch. Beim SSW standen alle Wahlkreisbewerber auch auf der Landesliste und bei der SPD 41 von 44. Bei der CDU und der FDP sind es dagegen nicht einmal jeder Zweite (20 und 19 von 44) gewesen. Die Landeslisten von CDU, SPD und SSW wiesen eine größere oder gleichhohe Anzahl von Bewerbern auf, als sie Wahlkreis-kandidaten aufgestellt hatten. Am umfangreichsten war die Landesliste der SPD mit 60 Bewerbern, gefolgt von der CDU mit 57

Bewerbern und der FDP mit 25 Bewerbern. Die größte Anzahl von Kandidaten hatte jedoch die CDU mit 81 aufgebieten.

Von den im alten Landtag vertretenen 73 Abgeordneten waren 57 wieder aufgestellt worden. Die CDU benannte von 40 Abgeordneten 33 erneut, die SPD von 32 Abgeordneten 23 und der einzige Abgeordnete des SSW bewarb sich wiederum.

Die Altersgliederung der Bewerber zeigt, daß nur zwei über 70 Jahre alt sind, und die erstmals wählbaren 18- bis 21jährigen ebenfalls nur einen geringen Anteil stellen (5). Den ältesten Bewerber hatte die NPD (76 Jahre) und den jüngsten die KPD (19 Jahre) nominiert. Bei vorangegangenen Wahlen sind die 40- bis 50jährigen am stärksten vertreten gewesen. Dieses Mal sind es die 30- bis 40jährigen. Beide Altersgruppen zusammen stellen 180 oder über die Hälfte der Bewerber. Weibliche Kandidaten wurden wiederum nur selten nominiert. Insgesamt waren es wie zur letzten Landtagswahl 35, was einem Anteil von einem Zehntel entspricht. Ihr Anteil an den Wahlberechtigten macht aber über die Hälfte (53%) aus.

Höchste Wahlbeteiligung aller Landtagswahlen

Der bei allen Wahlen in den letzten Jahren zu beobachtende Trend einer höheren Wahlbeteiligung, hat sich auch bei der Landtagswahl fortgesetzt. Am 13. April gaben über 1,5 Millionen Schleswig-Holsteiner ihre Stimme ab und hoben damit die Wahlbeteiligung erstmals bei einer Landtagswahl über die 80%-Linie. Die Wahlbeteiligung machte 82,3% aus, 1971 sind es 79,2% und 1967 nur 74,1% gewesen. Sie nähert sich damit der bei Bundestagswahlen üblichen Quote (Durchschnitt der Bundestagswahlen seit 1953 = 88,0%) und liegt deutlich über der der Kreiswahlen (Durchschnitt seit 1955 = 73,7%). Trotz dieser günstigen Entwicklung stellt die "Partei der Nichtwähler" nach wie vor mit 326 000 Personen die drittstärkste Gruppe. Sie mußte jedoch gegenüber 1971 mit 50 000 oder 3,1 Prozentpunkten die größten "Verluste" hinnehmen.

In der Wahlbeteiligungsskala liegen fast immer wieder dieselben Wahlkreise an der Spitze und am Ende. Es hat sich bestätigt, daß die Wahlbeteiligung in dem Gebiet, das sich etwa mit dem Landesteil Schleswig deckt, und in den großen Städten niedriger ist, als im Landesteil Holstein. Dieses Mal ist der Wahlkreis 37 Lübeck-Mitte mit 76,0% das Schlußlicht (1971 hatte er an vorletzter Stelle gelegen) vor 29 Kiel-Ost (77,5%), 1 Flensburg-West (78,4%), 27 Kiel-West

(78,8%) und 4 Südtondern (78,8%), der 1971 von den vergleichbaren Wahlkreisen die niedrigste Wahlbeteiligung aufgewiesen hatte. Das größte Wahlinteresse zeigten wiederum die Wahlberechtigten im Wahlkreis 31 Plön-Süd (86,1%). Auch der an zweiter Stelle liegende Wahlkreis 30 Plön-Nord (85,7%) befand sich 1971 in der Spitzengruppe. Es folgen die Wahlkreise 12 Rendsburg-West und 14 Rendsburg-Ost mit jeweils 85,2%. Der Wahlkreis 17 Steinburg-Süd (84,9%) nimmt dieses Mal nur den fünften anstelle des zweiten Ranges ein.

Die Wahlbeteiligung war in allen Wahlkreisen höher als 1971. Einen besonders kräftigen

Anstieg verzeichnete der Wahlkreis 5 Husum-Land (+ 12,8 Punkte). Das hängt jedoch mit der Nachwahl zusammen, die 1971 in diesem Wahlkreis wegen des Todes eines Direktbewerbers durchgeführt werden mußte. Von den "normalen" Wahlkreisen weist der Wahlkreis 4 Südtondern (+ 5,9 Punkte) die größte Zunahme auf, der aber trotzdem weiterhin mit am Ende der Wahlbeteiligungsskala liegt.

Die Zahl der Wähler, die mit einem Wahlschein durch Briefwahl oder in einem anderen Wahllokal ihres Wahlkreises gewählt haben, ist weiter angestiegen. Bei der Landtagswahl 1971 sind es 93 000 gewesen und jetzt fast 108 000. Damit ist der bei Bundestagswahlen übliche Anteil (7%) erreicht worden. Am häufigsten machten die Wähler in den Wahlkreisen 4 Südtondern (11,3%), 26 Kiel-Mitte (11,1%) und 8 Schleswig (10,0%) von dieser Form der Stimmabgabe Gebrauch.

Die Zahl der Stimmen, die für ungültig erklärt werden mußten, ist wiederum gering. Knapp 10 000 Stimmen oder 0,7% aller abgegebenen waren ungültig. Bei der letzten Landtagswahl machte der Anteil ebenfalls 0,7% aus. Bei den ungültigen Stimmen handelt es sich überwiegend um Stimmzettel, die leer oder ganz durchgekreuzt, also bewußt ungültig, abgegeben wurden. Unbeabsichtigt falsch ausgefüllt wurden nur wenige Stimmzettel, da die Stimmabgabe wesentlich leichter ist als bei den Bundestagswahlen.

CDU erzielt abermals die absolute Mehrheit

Die größere Zahl der Wahlberechtigten und die hohe Wahlbeteiligung haben die gültigen Stimmen gegenüber 1971 um 83 600 oder 5,9% ansteigen lassen. Zählt man die Stimmenverluste der NPD hinzu, so standen für die übrigen Parteien gut 94 000 Stimmen mehr zur Verfügung als 1971. Ohne Berücksichtigung der Wechselwähler, die nicht nachgewiesen werden können, haben alle Parteien bis auf die NPD von diesen zusätzlichen Wählern profitiert.

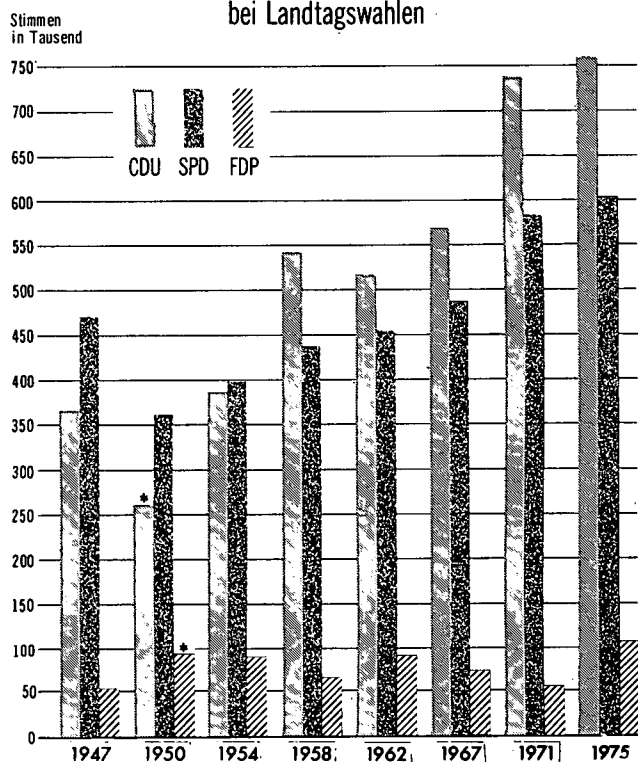
Die CDU und die SPD vereinigten mehr Stimmen auf sich als jemals bei einer Landtagswahl zuvor. Ihre Anteile verringerten sich jedoch, weil der Stimmenzuwachs unterdurchschnittlich war. Beide Parteien gewannen 21 000 Stimmen hinzu. Für die CDU sind das wegen der höheren Ausgangsbasis 2,9% mehr und für die SPD 3,6%. Die CDU kam damit auf 758 000 oder 50,4% der gültigen Stimmen und verschlechterte sich um 1,5 Prozentpunkte. Sie verteidigte aber die 1971 erstmals gewonnene absolute Mehrheit. Die SPD erhielt 603 000 oder 40,1% der gültigen

Wahlberechtigte und Wähler 1975

Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wähler		
		Anzahl	in %	gegen 1971
1 Flensburg-West	37 394	29 330	78,4	74,6
2 Flensburg-Ost	40 557	32 769	80,8	77,5
3 Flensburg-Land	41 791	34 484	82,5	77,9
4 Südtondern	32 553	25 658	78,8	72,9
5 Husum-Land	37 291	29 875	80,1	67,3
6 Husum-Eiderstedt	40 288	32 458	80,6	77,9
7 Schleswig-West	42 316	35 364	83,6	79,8
8 Schleswig	40 679	33 297	81,9	79,6
9 Eckernförde	40 411	33 449	82,8	78,6
10 Dithmarschen-Nord	41 637	34 358	82,5	78,8
11 Dithmarschen-Süd	41 468	34 647	83,6	81,1
12 Rendsburg-West	41 749	35 555	85,2	81,3
13 Rendsburg	41 540	34 414	82,8	79,4
14 Rendsburg-Ost	43 588	37 123	85,2	81,1
15 Neumünster-Nord	41 487	34 207	82,5	79,9
16 Steinburg-Ost	41 877	34 470	82,3	81,3
17 Steinburg-Süd	36 577	31 069	84,9	83,2
18 Elmshorn	45 266	37 200	82,2	79,5
19 Pinneberg-Elbmarschen	43 474	36 490	83,9	81,3
20 Pinneberg	45 101	37 057	82,2	79,8
21 Pinneberg-Nord	44 626	37 608	84,3	80,4
22 Segeberg-Ost	43 922	37 123	84,5	80,6
23 Segeberg-West	44 348	35 795	80,7	77,7
24 Neumünster	39 754	31 564	79,4	78,5
25 Kiel-Nord	35 313	29 064	82,3	78,9
26 Kiel-Mitte	38 175	31 228	81,8	80,5
27 Kiel-West	40 310	31 759	78,8	78,2
28 Kiel-Süd	38 056	30 332	79,7	76,6
29 Kiel-Ost	39 102	30 303	77,5	74,7
30 Plön-Nord	40 893	35 060	85,7	82,8
31 Plön-Süd	40 532	34 886	86,1	83,8
32 Oldenburg	38 803	32 122	82,8	80,0
33 Eutin-Nord	42 708	35 889	84,0	82,6
34 Eutin-Süd	47 568	39 987	84,1	82,3
35 Lübeck-Ost	45 565	37 298	81,9	78,5
36 Lübeck-Süd	43 594	36 254	83,2	81,1
37 Lübeck-Mitte	40 694	30 945	76,0	74,2
38 Lübeck-Nord	46 194	36 869	79,8	79,0
39 Stormarn	45 871	38 289	83,5	80,8
40 Norderstedt	41 873	34 150	81,6	77,4
41 Lauenburg-Ost	48 739	40 906	83,9	80,3
42 Lauenburg-Süd	49 566	40 769	82,3	78,8
43 Reinbek	43 177	36 055	83,5	80,4
44 Ahrensburg	44 169	37 117	84,0	80,6
Schleswig-Holstein	1 840 596	1 514 646	82,3	79,2

Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Landtagswahlen

D - 4690



*) Vergleichbarkeit durch Wahlblockbildung (CDU, FDP und DP) eingeschränkt

Stimmen und verschlechterte sich um 0,9 Prozentpunkte. Gemessen am Stimmenzuwachs schnitt die FDP bei weitem am günstigsten ab. Sie verdoppelte ihre Stimmen und kam auf 107 000 oder 7,1% der gültigen Stimmen. Allerdings muß hierbei berücksichtigt werden, daß die FDP 1971 ungewöhnlich schlecht abgeschnitten hatte. Dennoch bleibt festzustellen, daß die FDP bisher noch bei keiner Landtagswahl so viele Stimmen erhalten hat. Anteilmäßig konnte sie nur 1954 (7,5%) und 1962 (7,9%) dieses Ergebnis überbieten. Hier kann und soll nicht untersucht werden, inwieweit die FDP heute eine "andere" Partei ist als vor 1971, und sich folglich ihr Wählerstamm geändert hat.

Vergleicht man die Wahlen in den letzten vier Jahren, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die kommunal-, landes- und bundespolitischen Probleme in der jeweiligen Wahl ihren grundsätzlichen Niederschlag finden.

	Landtagswahl 1971	Bundestagswahl 1972	Kommunalwahl 1974	Landtagswahl 1975
	Stimmenanteile in %			
CDU	51,9	42,0	53,1	50,4
SPD	41,0	48,6	35,6	40,1
FDP	3,8	8,6	9,0	7,1

Die CDU und die FDP erreichten ihren Höhepunkt bei der Kreiswahl 1974 und die SPD bei der Bundestagswahl 1972. Die Anteile der CDU gingen im Vergleich zur Landtagswahl 1971 (- 1,5 Punkte) und zur Kreiswahl 1974 (- 2,7 Punkte) zurück und stiegen kräftig gegenüber der Bundestagswahl 1972 (+ 8,4 Punkte). Die SPD verlor Anteile im Vergleich zur Landtagswahl 1971 (- 0,9 Punkte) und Bundestagswahl 1972 (- 8,5 Punkte) und verbesserte sich gegenüber der Kreiswahl 1974 (+ 4,5 Punkte). Die FDP blieb unter ihren Ergebnissen von 1972 (- 1,5 Punkte) und 1974 (- 1,9 Punkte) und verbesserte sich gegenüber 1971 (+ 3,3 Punkte).

Der SSW konnte seinen Stimmenanteil von 1,4% halten. Er verbesserte sich gegenüber 1971 um knapp 1 000 Stimmen und kam auf 20 703 Stimmen. Er hat damit seinen Sitz knapp behaupten können. Hätte er die gleiche Stimmenzahl wie 1971 (19 720) erhalten, so wäre er trotz Minderheitenstatus nicht mehr zum Zuge gekommen, da für einen Sitz mindestens 19 954 Stimmen erforderlich gewesen wären, also 234 mehr als er 1971 erhalten hat.

Alle anderen Parteien wären auch ohne die 5%-Klausel nicht zum Zuge gekommen. Die NPD erhielt 8 123 Stimmen und verlor über die Hälfte ihrer Stimmen. Ihr Stimmenanteil beläuft sich nur noch auf 0,5%, während es 1971 noch 1,3% und 1967 sogar 5,8% gewesen sind. Die DKP erhielt 5 926 Stimmen und damit wie vor vier Jahren 0,4% der gültigen Stimmen. Die erstmals kandidierenden DMP und KPD kamen auf 472 und 699 Stimmen. Den Einzelbewerber im Wahlkreis 20 Pinneberg wählten 61 Personen und den im Wahlkreis 39 Stormarn 70. Faßt man diese Stimmen zusammen, so sind 15 351 oder 1,0% der Stimmen bei der Sitzverteilung nicht berücksichtigt worden.

Die Stimmenabgabe der Briefwähler weicht nicht unerheblich von der der Urnenwähler ab. Da sie aber nur 104 000 oder 7% der Wähler ausmachen, beeinflussen sie das Gesamtergebnis nicht sehr stark.

Landes- ergebnis	CDU	SPD	FDP	SSW
	Stimmenanteile in %			
Ohne Briefwahl	50,0	40,5	7,1	1,3
Briefwahl	55,0	34,3	7,7	1,9
Insgesamt	50,4	40,1	7,1	1,4

Die Briefwähler haben relativ häufiger die CDU, die FDP und den SSW gewählt als die Urnenwähler, während es bei der SPD

umgekehrt ist. Der Stimmenanteil der CDU steigt durch die Briefwähler um 0,4 Punkte und der der SPD fällt um die gleiche Punktzahl. Demgegenüber verändert sich der Stimmenanteil der FDP nicht. Beim SSW steigt der Stimmenanteil zwar nur um 0,1 Punkte, die Stimmenzahl ist jedoch entscheidend. Hätten die SSW-Briefwähler (1 925) ihre Stimme nicht abgegeben, so hätte der SSW keinen Sitz bekommen.

CDU stellt 36 der 44 Wahlkreissieger

Sechs Zehntel oder 44 der 73 schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten werden in den Wahlkreisen durch Mehrheitswahl gewählt und die übrigen 29 durch Verhältniswahl aus den Landeslisten. Wie bisher konnten nur die CDU und die SPD Wahlkreiskandidaten durchbringen. Die CDU war in 36 Wahlkreisen erfolgreich und die SPD in 8. Für alle anderen Parteien war das Rennen um einen direkten Sitz aussichtslos. Die CDU erhielt in ihrem ungünstigsten Wahlkreis 34,3% der Stimmen und die SPD 28,8%. Der SSW konnte dagegen im günstigsten Wahlkreis nur 18,3% der Stimmen erringen, und die höchsten Werte der FDP liegen nur in zwei Wahlkreisen knapp über 10%.

Die CDU hat ihre 36 Wahlkreise meist mit deutlichem Vorsprung gewonnen. In 25 Wahlkreisen errang sie die absolute Mehrheit und in zwei von diesen Wahlkreisen über 60%: 12 Rendsburg-West (64,0%) und 7 Schleswig (62,0%). Die CDU-Kandidaten dieser beiden Wahlkreise haben auch den größten Vorsprung aller Wahlkreissieger gegenüber der zweitstärksten Partei: 12 Rendsburg-West = 12 400 Stimmen oder 35,2 Prozentpunkte und 7 Schleswig-West = 11 463 Stimmen oder 32,7 Prozentpunkte. Auch in den Wahlkreisen 22 Segeberg-Ost = 9 130 Stimmen oder 24,8 Prozentpunkte und 21 Pinneberg-Nord = 7 998 Stimmen oder 21,4 Punkte ist der CDU-Vorsprung sehr groß. Sehr knapp fiel dagegen die Entscheidung im Wahlkreis 13 Rendsburg mit 323 Stimmen oder 0,9 Prozentpunkten zu Gunsten der CDU aus. Unter einem Anteil von 40% blieb die CDU nur in den Wahlkreisen 29 Kiel-Ost (34,3%) und 1 Flensburg-West (36,4%), wobei letzterer mit dem hohen SSW-Anteil (18,3%) zusammenhängt.

Gegenüber 1971 konnte die CDU zwar in 27 Wahlkreisen Stimmen hinzugewinnen, diese Mehrstimmen wirkten sich aber nur in fünf Wahlkreisen auch prozentual aus. Der relativ größte und wichtigste Gewinn gelang der CDU im Wahlkreis 40 Norderstedt, wo sie sich um 1,1 Punkte verbesserte und gleichzeitig

der SPD den Wahlkreis abnahm. In 17 Wahlkreisen verlor die CDU Stimmen und in 39 Wahlkreisen gingen ihre Stimmenanteile zurück. Am höchsten waren die Verluste in den Wahlkreisen 5 Husum-Land und 23 Segeberg-West mit jeweils minus 5,3 Punkten. Sie hatte hier 1971 über 60% der Stimmen erhalten. Die CDU behielt hier wie auch in ihren anderen Hochburgen die absolute Mehrheit. Wie die nachstehende Übersicht zeigt, waren die Verluste der CDU in diesen Hochburgen aber am größten:

CDU Anteil 1971	1971	1975	Veränderung
	in %		in Prozent-Punkten
55 % und mehr	58,5	55,8	- 2,7
45 - 55 %	50,6	49,4	- 1,2
unter 45 %	41,7	40,9	- 0,8
Landesdurchschnitt	51,9	50,4	- 1,5

In den Wahlkreisen mit hohen CDU-Anteilen ist der Rückgang am größten (- 2,7 Punkte), in den Wahlkreisen mit mittleren etwa durchschnittlich (- 1,2 Punkte) und in denen mit niedrigen unterdurchschnittlich (- 0,8 Punkte). Von dieser allgemeinen Tendenz abweichend ist das Wahlverhalten in den Wahlkreisen 8 Schleswig und 13 Rendsburg. Beides sind Wahlkreise mit mittleren CDU-Anteilen und überdurchschnittlichen Verlusten. Im Wahlkreis 8 machte der Rückgang 3,7 Punkte aus und bedeutete den Verlust der absoluten Mehrheit. Hier gingen die Stimmengewinne von 1971 zu einem Drittel verloren. Im Wahlkreis 13 belief sich die Abnahme auf 2,9 Punkte. Hier sinkt der Anteil der CDU sogar unter den von 1967.

Eine Sonderstellung nehmen auch die an Hamburg angrenzenden Wahlkreise ein. Hier konnte sich die CDU um 0,2 Punkte verbessern und erstmals die absolute Mehrheit erringen.

An Hamburg angrenzende Wahlkreise - 19, 20, 40, 43 und 44 -

	1971	1975	Veränderung	dagegen Schleswig- Holstein
	Stimmenanteile in %		in Prozent-Punkten	
CDU	49,8	50,0	+ 0,2	- 1,5
SPD	43,4	39,6	- 3,8	- 0,9
FDP	5,1	9,3	+ 4,2	+ 3,3

Die SPD mußte demgegenüber weit überdurchschnittliche Verluste hinnehmen, und ihr Anteil fiel in diesen Wahlkreisen unter den Landesdurchschnitt, während er 1971 noch

Verteilung der gültigen Stimmen

Wahlkreis	Gültige Stimmen		darunter entfallen auf											
	1971	1975	CDU				SPD				FDP			
	Anzahl		1971		1975		1971		1975		1971		1975	
			Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 Flensburg-West	30 608	29 220	11 668	38,1	10 643	36,4	12 375	40,4	11 526	39,4	672	2,2	1 454	5,0
2 Flensburg-Ost	30 432	32 663	13 572	44,6	14 049	43,0	11 814	38,8	12 274	37,6	776	2,5	2 062	6,3
3 Flensburg-Land	30 593	34 227	16 928	55,3	17 369	50,7	9 712	31,7	11 638	34,0	832	2,7	1 902	5,6
4 Südtondern	23 174	25 547	12 902	55,7	13 801	54,0	8 070	34,8	8 419	33,0	825	3,6	1 823	7,1
5 Husum-Land	24 103	29 721	14 924	61,9	16 816	56,6	6 700	27,8	9 285	31,2	815	3,4	2 031	6,8
6 Husum-Eiderstedt	31 266	32 275	15 344	49,1	15 110	46,8	11 883	38,0	12 011	37,2	1 958	6,3	3 487	10,8
7 Schleswig-West	32 644	35 031	21 261	65,1	21 723	62,0	8 953	27,4	10 260	29,3	1 054	3,2	1 955	5,6
8 Schleswig	32 595	33 036	16 837	51,7	15 856	48,0	12 084	37,1	12 628	38,2	1 197	3,7	2 214	6,7
9 Eckernförde	31 092	33 213	16 060	51,7	16 847	50,7	13 012	41,8	13 393	40,3	825	2,7	2 074	6,2
10 Dithmarschen-Nord	32 329	34 134	18 764	58,0	18 877	55,3	11 248	34,8	12 526	36,7	1 115	3,4	2 263	6,6
11 Dithmarschen-Süd	34 003	34 392	18 791	55,3	18 532	53,9	13 025	38,3	13 228	38,5	1 120	3,3	2 182	6,3
12 Rendsburg-West	32 952	35 284	21 763	66,0	22 569	64,0	9 027	27,4	10 169	28,8	1 171	3,6	2 034	5,8
13 Rendsburg	32 722	34 179	15 827	48,4	15 550	45,5	14 752	45,1	15 227	44,6	1 359	4,2	2 790	8,2
14 Rendsburg-Ost	31 650	36 839	17 885	56,5	19 930	54,1	11 976	37,8	13 739	37,3	1 249	3,9	2 794	7,6
15 Neumünster-Nord	31 486	33 987	16 446	52,2	17 057	50,2	13 191	41,9	14 319	42,1	1 319	4,2	2 344	6,9
16 Steinburg-Ost	34 121	34 222	18 155	53,2	17 729	51,8	14 119	41,4	13 858	40,5	1 049	3,1	2 122	6,2
17 Steinburg-Süd	30 842	30 741	16 584	53,8	15 751	51,2	12 585	40,8	12 934	42,1	935	3,0	1 713	5,6
18 Elmshorn	35 400	36 908	17 470	49,4	18 133	49,1	15 693	44,3	15 498	42,0	1 584	4,5	2 828	7,7
19 Pinneberg-Elbmarschen	33 880	36 228	16 535	48,8	17 527	48,4	15 239	45,0	15 275	42,2	1 460	4,3	3 034	8,4
20 Pinneberg	33 781	36 814	16 598	49,1	18 179	49,4	14 898	44,1	14 474	39,3	1 674	5,0	3 702	10,1
21 Pinneberg-Nord	32 817	37 367	19 202	58,5	20 994	56,2	11 685	35,6	12 996	34,8	1 331	4,1	2 867	7,7
22 Segeberg-Ost	32 459	36 854	19 855	61,2	21 370	58,0	10 506	32,4	12 240	33,2	1 328	4,1	2 873	7,8
23 Segeberg-West	28 328	35 512	17 070	60,3	19 523	55,0	9 457	33,4	12 307	34,7	1 255	4,4	3 319	9,3
24 Neumünster	31 433	31 376	15 528	49,4	15 100	48,1	14 105	44,9	13 878	44,2	1 308	4,2	2 128	6,8
25 Kiel-Nord	27 973	28 907	12 445	44,5	12 821	44,4	13 770	49,2	13 596	47,0	1 145	4,1	2 136	7,4
26 Kiel-Mitte	34 174	31 075	17 976	52,6	15 936	51,3	13 921	40,7	12 190	39,2	1 646	4,8	2 675	8,6
27 Kiel-West	31 606	31 603	13 636	43,1	13 185	41,7	16 047	50,8	15 700	49,7	1 324	4,2	2 383	7,5
28 Kiel-Süd	30 523	30 194	12 821	42,0	12 718	42,1	15 989	52,4	15 283	50,6	1 068	3,5	1 893	6,3
29 Kiel-Ost	31 363	30 160	10 872	34,7	10 348	34,3	18 816	60,0	17 759	58,9	899	2,9	1 655	5,5
30 Plön-Nord	32 505	34 783	16 377	50,4	17 143	49,3	14 574	44,8	15 381	44,2	978	3,0	1 978	5,7
31 Plön-Süd	31 891	34 624	17 707	55,5	18 897	54,6	12 498	39,2	13 194	38,1	1 014	3,2	2 145	6,2
32 Oldenburg	30 954	31 887	16 629	53,7	16 331	51,2	12 890	41,6	13 636	42,8	1 017	3,3	1 686	5,3
33 Eutin-Nord	34 651	35 595	19 199	55,4	19 132	53,7	13 619	39,3	13 663	38,4	1 197	3,5	2 432	6,8
34 Eutin-Süd	36 670	39 737	19 824	54,1	20 792	52,3	14 818	40,4	15 795	39,7	1 381	3,8	2 768	7,0
35 Lübeck-Ost	36 056	37 111	16 917	46,9	16 997	45,8	17 063	47,3	17 479	47,1	1 233	3,4	2 154	5,8
36 Lübeck-Süd	36 496	36 121	18 771	51,4	18 124	50,2	15 305	41,9	14 879	41,2	1 648	4,5	2 691	7,4
37 Lübeck-Mitte	31 921	30 789	14 596	45,7	13 602	44,2	15 583	48,8	14 963	48,6	1 041	3,3	1 797	5,8
38 Lübeck-Nord	36 444	36 702	16 366	44,9	15 985	43,6	17 977	49,3	17 729	48,3	1 324	3,6	2 542	6,9
39 Stormarn	34 320	38 015	19 055	55,5	20 351	53,5	13 396	39,0	14 651	38,5	1 294	3,8	2 562	6,7
40 Norderstedt	29 425	33 966	13 532	46,0	15 993	47,1	13 891	47,2	14 494	42,7	1 572	5,3	3 146	9,3
41 Lauenburg-Ost	37 583	40 567	21 647	57,6	22 564	55,6	13 985	37,2	14 986	36,9	1 157	3,1	2 614	6,4
42 Lauenburg-Süd	37 036	40 439	18 917	51,1	20 060	49,6	15 924	43,0	16 947	41,9	1 465	4,0	2 999	7,4
43 Reinbek	30 712	35 770	16 009	52,1	18 670	52,2	12 834	41,8	13 537	37,8	1 353	4,4	3 238	9,1
44 Ahrensburg	34 021	36 868	17 855	52,5	19 543	53,0	13 411	39,4	13 396	36,3	2 132	6,3	3 553	9,6
Schleswig-Holstein	1 421 034	1 504 683	737 120	51,9	758 227	50,4	582 420	41,0	603 360	40,1	54 099	3,8	107 042	7,1

deutlich darüber gelegen hatte. Die FDP konnte ihre relativ gute Position von 1971 kräftig ausbauen. Diese vom Landesergebnis stark abweichende Entwicklung dürfte auf die Veränderung der Wählerschaft zurückzuführen sein. In diesen Wahlkreisen hat

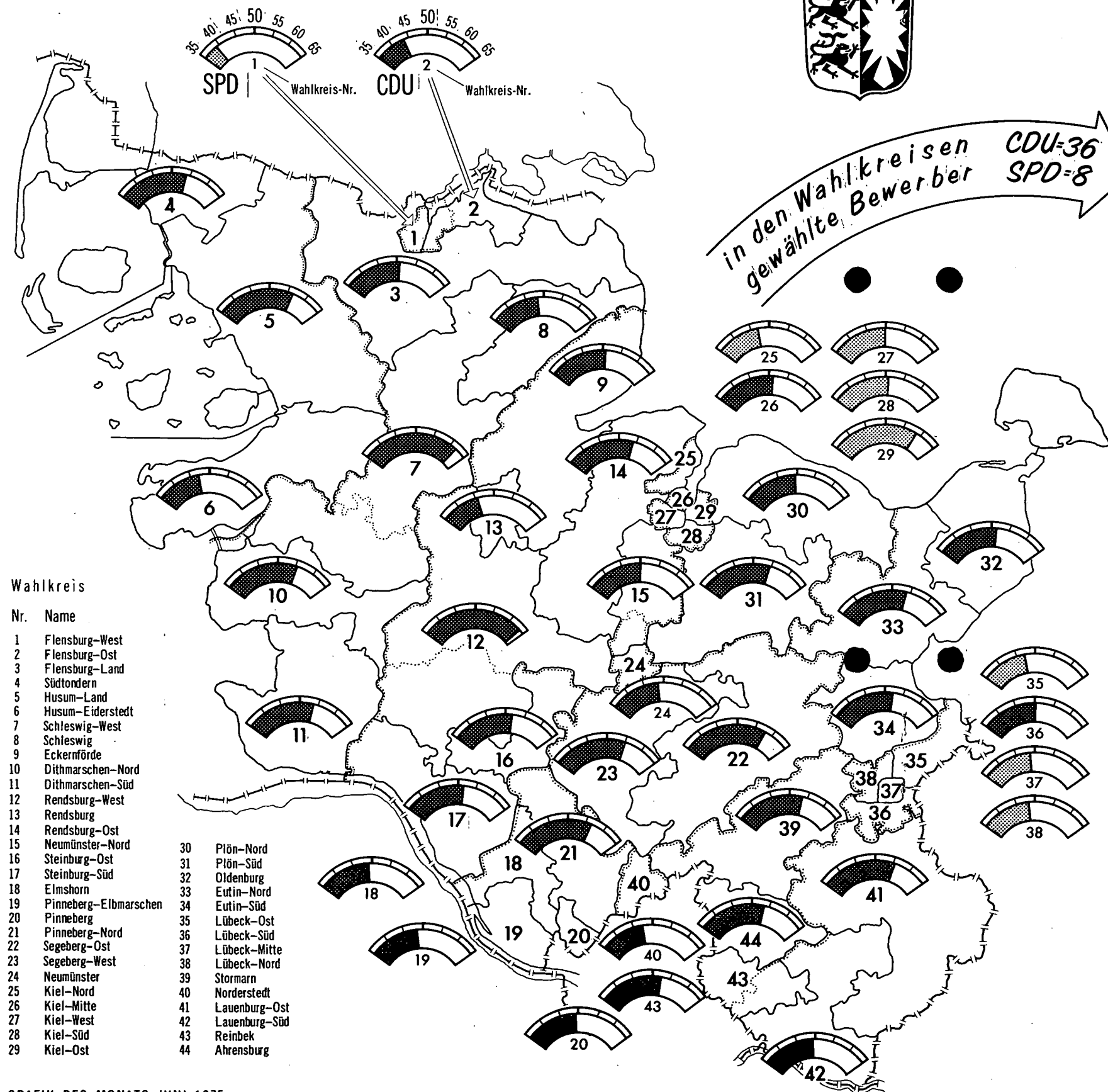
sich die Zusammensetzung der Wähler durch eine große Zahl von Zuzügen Hamburger Bürger viel stärker als im Landesdurchschnitt verändert. Offensichtlich ist bei diesen Neuwählern eine stärkere Präferenz für die CDU als für die SPD vorhanden.

LANDTAGSWAHL

AM 13. APRIL 1975



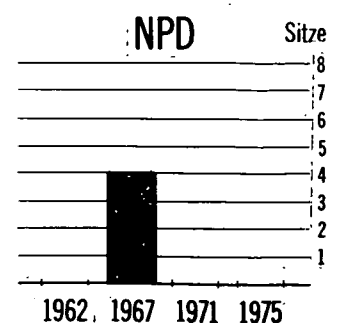
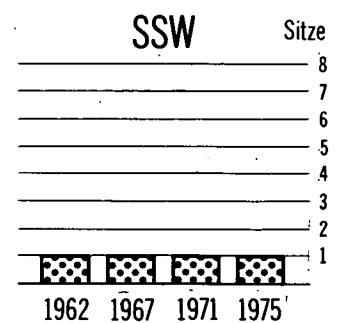
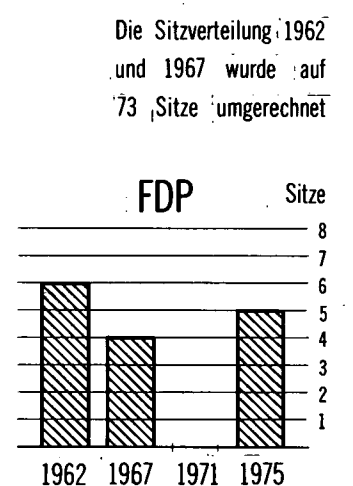
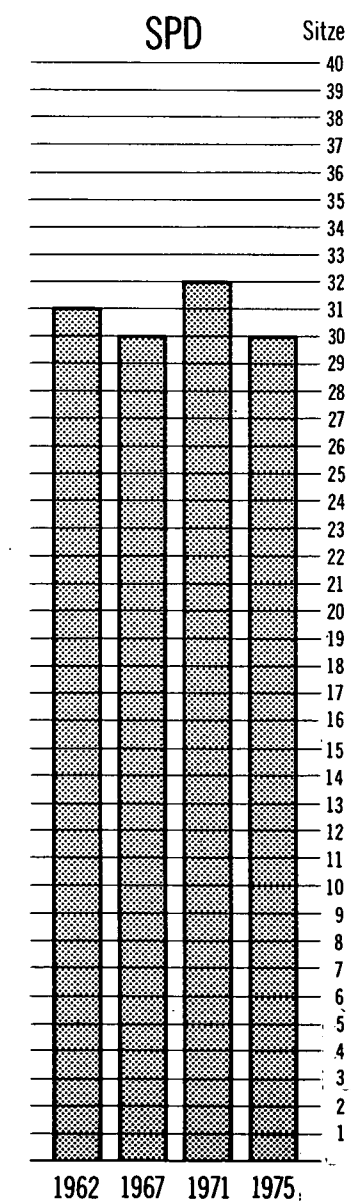
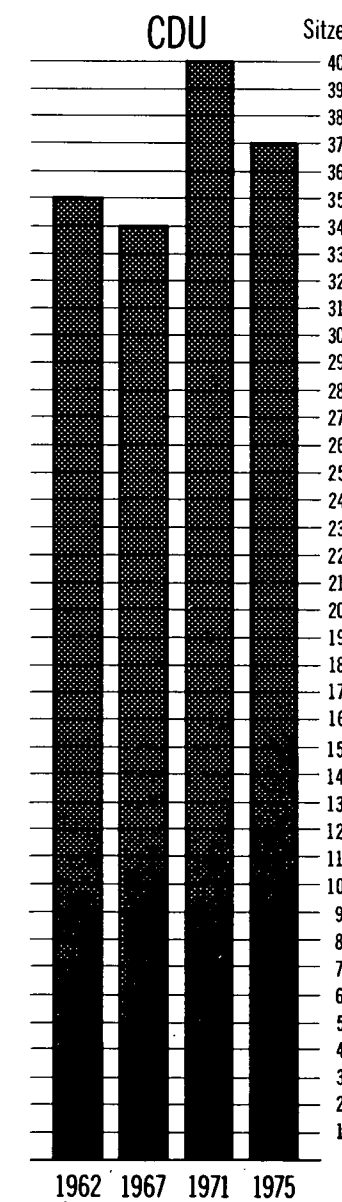
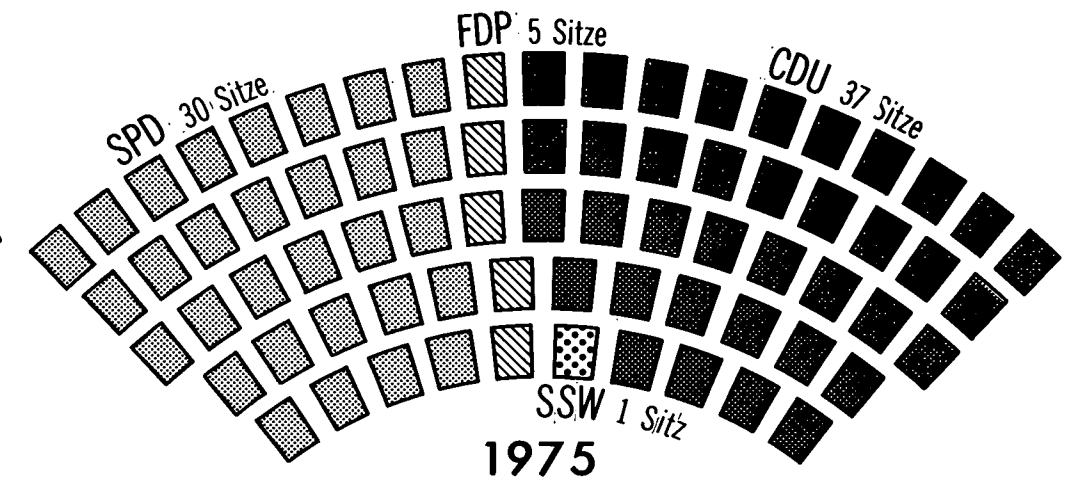
Stimmenanteile der Wahlkreissieger in %



GRAFIK DES MONATS JUNI 1975

Sitzverteilung im schleswig-holsteinischen Landtag

Insgesamt 73 Sitze



Die Sitzverteilung 1962 und 1967 wurde auf 73 Sitze umgerechnet

Ein weiterer regionaler Vergleich der Wahlergebnisse zeigt, daß die CDU im Landesteil Holstein besser abgeschnitten hat als im Landesteil Schleswig. Unter Ausklammerung der kreisfreien Städte und der an Hamburg angrenzenden Wahlkreise ging der CDU-Anteil in Schleswig von 55,1% auf 52,3% oder um 2,8 Punkte zurück und in Holstein von 54,3% um 1,8 Punkte auf 52,5%. Der Vorsprung von Schleswig hat sich also in einen leichten Vorsprung von Holstein umgewandelt. Weitere regionale Ergebnisse werden in den Statistischen Monatsheften kommentiert werden, sobald die Umrechnungen auf Kreis- und Größenklassenergebnisse vorliegen.

Die SPD ist nur noch in acht Wahlkreisen die stärkste Partei. Sie verlor den Wahlkreis 40 Norderstedt an die CDU. Ihr Vorsprung gegenüber der CDU war in der Hälfte dieser Wahlkreise recht knapp: Wahlkreis 35 Lübeck-Ost (1,3 Punkte), 25 Kiel-Nord (2,6 Punkte) und 1 Flensburg-West (3,0 Punkte). Nur in den Wahlkreisen 28 Kiel-Süd (50,6%) und 29 Kiel-Ost (58,9%) erhielt sie die absolute Mehrheit. Vor vier Jahren hatte sie noch in 27 Kiel-West die absolute Mehrheit errungen und in 29 Kiel-Ost 60%. In acht Wahlkreisen blieb sie unter 35%. Am schlechtesten schnitt sie in den Wahlkreisen 12 Rendsburg-West (28,8%) und 7 Schleswig-West (29,3%) ab. Die SPD erzielte wiederum ihre besten Ergebnisse in den kreisfreien Städten. Zunahmen, die sie in zwölf Wahlkreisen verbuchen konnte, traten jedoch in ländlichen Wahlkreisen auf. Am größten waren die Gewinne in den Wahlkreisen 5 Husum-Land (+ 3,4 Punkte) und 3 Flensburg-Land (+ 2,3 Punkte). Demgegenüber mußte sie in 32 Wahlkreisen Verluste hinnehmen, die in den Wahlkreisen 20 Pinneberg (- 4,8 Punkte), 40 Norderstedt (- 4,5 Punkte) und 43 Reinbek (- 4,0 Punkte) am größten waren. Es handelt sich ausschließlich um an Hamburg angrenzende Wahlkreise, deren Sonderstellung schon beschrieben worden ist.

Einen regionalisierten Aufriß der SPD-Anteile zeigt folgender Vergleich:

	1971	1975	Veränderung in Prozent- Punkten
	Stimmenanteile in %		
Kreisfreie Städte	47,1	46,2	- 0,9
An Hamburg angrenzende Wahlkreise	43,4	39,6	- 3,8
Übrige Wahlkreise	37,6	37,6	-
davon Landesteil Schleswig	35,8	36,3	+ 0,5
Landesteil Holstein	38,7	38,3	- 0,4
Landesdurchschnitt	41,0	40,1	- 0,9

In den vier kreisfreien Städten war der Rückgang der SPD durchschnittlich und in den an Hamburg angrenzenden Wahlkreisen mehr als viermal so hoch. In den übrigen Wahlkreisen hat die SPD ihren Anteil gehalten und schnitt dabei im Landesteil Schleswig besser ab als im Landesteil Holstein.

Die SPD konnte ihre Hochburgen halten. Die Verluste sind jedoch auch hier, wie bei der CDU, überdurchschnittlich.

SPD Anteil 1971	1971	1975	Veränderung in Prozent-Punkten
	in %		
45 % und mehr	49,4	47,8	- 1,6
35 - 45 %	40,5	39,5	- 1,0
unter 35 %	31,1	32,6	+ 1,5
Landesdurchschnitt	41,0	40,1	- 0,9

In den Wahlkreisen mit mittleren SPD-Anteilen ist der Rückgang durchschnittlich und in denen mit niedrigen Anteilen konnte die SPD einen Zuwachs verbuchen.

Die FDP errang in allen Wahlkreisen 5% und mehr der Stimmen. Vor vier Jahren ist dies nur in zwei Wahlkreisen der Fall gewesen. In zwei Wahlkreisen (6 Husum-Eiderstedt mit 10,8% und 20 Pinneberg mit 10,1%) kam sie auf über 10% der gültigen Stimmen und in vier weiteren auf über 9%. In zehn Wahlkreisen blieb die FDP unter einem Anteil von 6% und ist am schwächsten in den Wahlkreisen 1 Flensburg-West (5,0%) und 32 Oldenburg (5,3%) vertreten.

Gegenüber 1971 konnte sich die FDP in allen Wahlkreisen verbessern. Ihre Anteile haben sich in zehn Wahlkreisen verdoppelt. Am größten waren die Zunahmen in den Wahlkreisen 20 Pinneberg (+ 5,1 Punkte), 23 Segeberg-West (+ 4,9 Punkte) und 43 Reinbek (+ 4,7 Punkte). Besonders gut schnitt die FDP in den an Hamburg angrenzenden Wahlkreisen ab. Andere signifikante Merkmale lassen sich aus den vorliegenden Wahlkreisergebnissen nicht ablesen.

FDP wieder im Landtag

Im neuen Landtag ist die CDU mit 37 Sitzen, die SPD mit 30 Sitzen, die FDP mit 5 Sitzen und der SSW mit einem Sitz vertreten. Die CDU hat drei und die SPD zwei Sitze weniger als 1971. Diese Sitze mußten sie an die FDP abtreten, die 1971 die 5%-Grenze nicht überschritten hatte. Die Wahlkreissieger werden nur von der CDU (36) und der SPD (8) gestellt, während die FDP-Abgeordneten über die Liste in den Landtag einziehen. Von der

Sitzverteilung

Sitze	Ins- gesamt	CDU	SPD	FDP	NPD	SSW
Insgesamt 1967	73	34	30	4	4	1
1971	73	40	32	-	-	1
1975	73	37	30	5	-	1
darunter aus den Landeslisten						
1967	29	2	18	4	4	1
1971	29	5	23	-	-	1
1975	29	1	22	5	-	1

CDU ist es ein Abgeordneter und von der SPD sind es 22. Der SSW-Abgeordnete kommt ebenfalls über die Liste in den Landtag.

Die nicht im Verhältnis zum Rückgang der Stimmenanteile stehenden Sitzverluste der CDU und SPD und die entsprechenden Gewinne bei der FDP hängen damit zusammen, daß der Stimmenanteil der FDP 1971 überhaupt nicht zum Zuge kam und 1975 aber voll bei der Berechnung der d'Hondt'schen Zahlen berücksichtigt wurde. Beachtet man die 5%-Klausel nicht, so hätte die Sitzverteilung 1971 so ausgesehen:

Insgesamt	CDU	SPD	FDP	NPD	SSW
73	39	30	2	1	1

Danach hätte 1975 die SPD ihren Besitzstand gewahrt, die CDU hätte zwei Sitze verloren und die NPD einen. Die FDP wäre auf ein Plus von drei Sitzen gekommen.

Zur Erringung eines Sitzes waren 1975 etwa 20 000 Stimmen erforderlich. Das sind wegen

der höheren Wahlbeteiligung 2 000 Stimmen mehr als 1971. Der SSW hat diese Zahl mit 20 703 nur knapp überboten. Die Sitzfolge nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren ergab, daß der letzte Sitz - der 73. - an die SPD fiel. Der nächste Sitz wäre an die CDU gefallen. Ihr fehlten, um den 73. Sitz anstelle der SPD zu erringen, jedoch 6 000 Stimmen. Es sei denn, diese Mehrstimmen wären zu Lasten der SPD gegangen. In diesem Falle hätten entsprechend weniger Stimmen genügt.

Bei der oft zitierten knappen Mehrheit der CDU von einem Sitz muß der Minderheitenstatus des SSW berücksichtigt werden. Diese Besonderheit gibt es in anderen Bundesländern nicht. Unter gleichen Voraussetzungen wie in anderen Bundesländern hätte die CDU 38 Sitze erhalten und damit drei mehr als die Opposition.

Die Frauen sind nur mit vier Abgeordneten vertreten; 1971 sind es fünf gewesen. Drei wurden von der SPD aufgestellt und eine von der CDU. Sie zogen alle über die Landesliste ihrer Partei in den Landtag ein; 1967 waren noch zwei Frauen direkt gewählt worden.

Den Plenarsaal des Landeshauses betreten 21 Abgeordnete das erste Mal als Volksvertreter. Damit ist jeder dritte Abgeordnete neu im Landtag. Von der CDU sind es neun Vertreter, von der SPD sieben und von der FDP alle fünf.

Walter Dahms

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht B VII 2 - 5/75. Vergleiche auch: "Landtagswahl 1971" in dieser Zeitschrift 1971, S. 98 (Mai)

Die Zusammensetzung des gewerblichen Betriebsvermögens in Schleswig-Holstein

Ergebnisse der Einheitswertstatistik 1969

Die Ergebnisse der Einheitswertstatistik von 1969 sind zwar heute den Beträgen nach nicht mehr aktuell; dennoch ist ihre Veröffentlichung gerechtfertigt, da mit ihnen Zahlenmaterial über die Kapitalstruktur der Unternehmen aus allen Bereichen der Wirtschaft angeboten wird, das aus anderen Quellen nicht zu gewinnen ist. Die Auswertung der von den Finanzämtern erstellten Einheitswertbescheide des Betriebsvermögens erlaubt nämlich die

Darstellung der wichtigsten Besitz- und Schuldposten eines großen Teiles der schleswig-holsteinischen Unternehmen; aus ihnen läßt sich eine grob gefaßte Bilanzstatistik der gewerblichen Wirtschaft aufstellen. Die hieraus gewonnenen Bilanzrelationen haben auch heute noch einen nicht zu unterschätzenden Aussagewert, zumal angenommen werden muß, daß sie sich weniger rasch verändern als die absoluten Zahlen.

Unternehmen und Bilanzsumme

In Schleswig-Holstein sind auf den 1. Januar 1969 von den Finanzämtern in 38 542 Fällen Einheitswerte des gewerblichen Betriebsvermögens festgesetzt worden. Erstmals nach dem Kriege ist damit die Zahl der Feststellungen geringer geworden, und zwar um 6% gegenüber dem vorherigen Hauptfeststellungszeitpunkt, dem 1. Januar 1966. Allgemein bleibt die Zahl der Erfassten hinter der Gesamtzahl der gewerblich tätigen Unternehmen zurück, weil die Finanzämter Einheitswerte des Betriebsvermögens nur dann feststellen, wenn das Gewerbekapital eines Unternehmens mindestens 6 000 DM erreicht oder wenn eine Veranlagung zur Vermögensteuer zu erwarten ist. Geht man vom Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik aus, wonach in Schleswig-Holstein Anfang 1969 etwa 60 000 Unternehmen mit mehr als 12 000 DM Jahresumsatz bestanden haben, so bedeutet dies, daß hiervon ein gutes Drittel mit seinem Betriebsvermögen unter derjenigen Grenze liegt, die zur Gewerbe- oder Vermögensteuerpflicht führt. Entscheidend für die Erfassung oder Nichterfassung eines Unternehmens in der Einheitswertstatistik ist weniger seine Größe oder Umsatzhöhe als vielmehr seine Ausstattung mit Anlagegütern oder die Höhe seines Vorratsvermögens. Es kann also sein, daß außer den Kleinunternehmen auch Unternehmen mit hohem Umsatz von der Statistik nicht erfaßt werden, weil sie zum Beispiel mit geringem Kapitaleinsatz arbeiten und deswegen ein Einheitswert für sie nicht festgesetzt worden ist.

Zahl und Bilanzsumme der gewerblichen Unternehmen in den Jahren 1966 und 1969 nach der Rechtsform

Rechtsform	Zahl der Unternehmen			Bilanzsumme in Mill. DM		
	1. 1. 1966	1. 1. 1969	Veränderung in %	1. 1. 1966	1. 1. 1969	Veränderung in %
Einzelunternehmen	34 059	31 511	- 7	2 976	2 933	- 1
Personalgesellschaften	4 838	4 743	- 2	3 042	3 688	+ 21
Körperschaften	1 682	1 596	- 5	5 181	4 815	- 7
Insgesamt	40 579	37 850	- 7	11 200	11 437	+ 2
Außerdem Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften	570	692	+ 21	9 796 ¹⁾	12 036 ¹⁾	+ 23

1) einschließlich der steuerbefreiten Vermögensteile der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen

Ohne Berücksichtigung der Banken und Versicherungen ergab sich Anfang 1969 für 37 850 Steuerpflichtige ein steuerliches Rohvermögen von 11,44 Mrd. DM. Dieser Wert

ist identisch mit der Bilanzsumme der Unternehmen; er hat sich gegenüber 1966 nur geringfügig um 2% erhöht. Das durchschnittliche Rohvermögen erhöhte sich von 276 000 auf 302 000 DM. In der Untergliederung nach der Rechtsform ergibt sich bereits ein viel differenzierteres Bild. Die Tabelle oben zeigt, daß die Bilanzsumme insgesamt unter den Körperschaften stärker und unter den Einzelunternehmen geringfügig zurückgegangen ist, wogegen das Rohvermögen der Personalgesellschaften eine Steigerung um über ein Fünftel erfuhr.

In der durchschnittlichen Kapitalausstattung der Unternehmen nach der Rechtsform bestanden die folgenden charakteristischen Unterschiede:

Bilanzsumme je Unternehmen¹⁾

	1. 1. 1966	1. 1. 1969
Einzelunternehmen	87 000 DM	93 000 DM
Personalgesellschaften	629 000 "	778 000 "
Körperschaften	3 080 000 "	3 017 000 "
Insgesamt	276 000 DM	302 000 DM

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Nur bei den Körperschaften ist die Bilanzsumme zurückgegangen. Dies kann teilweise die Folge von Zusammenschlüssen mit Unternehmen sein, die ihren Sitz außerhalb des Landes haben, so daß in Schleswig-Holstein Großbetriebe ausfallen; die Entwicklung muß aber auch in Verbindung mit der erheblichen Kapitalzunahme unter den Personalgesellschaften gesehen werden. Unter ihnen wird die Rechtsform der Kommanditgesellschaft für Kapitalinvestitionen offenbar zunehmend attraktiver; hierbei wird als persönlich haftender Gesellschafter häufig eine Gesellschaft mbH (also eine Körperschaft des privaten Rechts) eingesetzt, die mit möglichst geringem Kapitalvermögen ausgestattet ist.

Bilanzrelationen für alle Wirtschaftsbereiche

Die im Einheitswertbescheid ausgewiesenen Besitzposten gliedern sich in das Anlagevermögen (Grundstücke, Gebäude, Maschinen und ähnliche Sachanlagen sowie Finanzanlagen) und das Umlaufvermögen (Bargeld, Bankguthaben, Forderungen und Vorräte an Rohstoffen sowie Halb- und Fertigwaren und ähnliches). Diesen Vermögensteilen stehen die Schuldposten gegenüber. Sie erlauben im wesentlichen nur die Untergliederung in das Fremdkapital, das sind die Schulden des Unternehmens gegenüber unternehmensfremden Gläubigern, und das Eigenkapital, das buchmäßig als Verbindlichkeit des Unter-

nehmens gegenüber seinem Eigentümer behandelt wird.

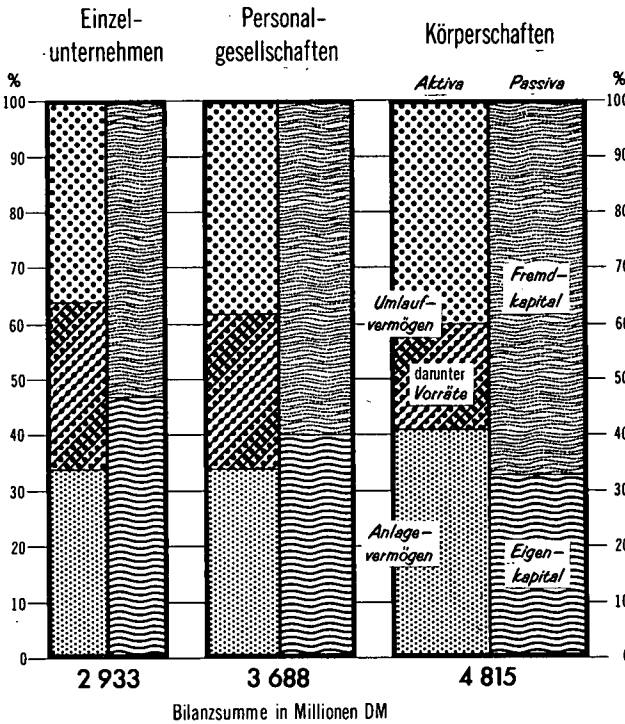
Für die Gesamtheit der durch die Einheitswertstatistik erfaßten Unternehmen (ausgenommen Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften) ergab sich als wichtigste Aussage über die finanzielle Struktur zu Beginn des Jahres 1969 ein Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme von 39 zu 100. Das heißt, knapp zwei Fünftel des in den Betrieben investierten Kapitals gehörte den Eigentümern dieser Unternehmen. Für das Anlagevermögen ergab sich zum gleichen Zeitpunkt die nicht minder wichtige Relation zur Bilanzsumme von 37 zu 100. Damit liegt im Verhältnis zur Bilanzsumme das Eigenkapital immer noch um zwei Prozentpunkte höher als das Anlagevermögen. Es war also im Durchschnitt nicht nur das gesamte Anlagevermögen, sondern auch noch ein Teil des Umlaufvermögens durch eigene Mittel gedeckt.

Die Auswertung der Zahlen nach der Rechtsform der Unternehmen führt hinsichtlich des Verhältnisses von Anlagevermögen und Eigenkapital zur Bilanzsumme zu recht unterschiedlichen Ergebnissen. Bei Einzelunternehmen sind in der Regel das Anlagevermögen voll und außerdem das Vorratsvermögen fast

zur Hälfte durch eigene Mittel gedeckt. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Personalgemeinschaften, jedoch ist hier die Überdeckung des Anlagevermögens nicht so stark ausgeprägt. Das Eigenkapital der offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften ist im Durchschnitt um 16% höher als das Anlagevermögen und deckt damit noch etwa ein Fünftel des Vorratsvermögens ab. Bei den besonders kapitalintensiven Körperschaften dagegen ergab sich eine Unterdeckung des Anlagevermögens; gut ein Sechstel des Werts der Anlagen dieser Unternehmen war durch fremde Mittel finanziert. Die aufgezeigten Unterschiede ergeben sich zwangsläufig, wenn man berücksichtigt, daß die Körperschaften einen großen Kapitalbedarf haben, der in erheblichem Umfang durch die Aufnahme von Fremdmitteln am Kapitalmarkt befriedigt wird, während den Einzelunternehmen diese Art der Finanzierung weitgehend verschlossen ist.

Die Relation zwischen Anlagevermögen und Eigenkapital fällt noch günstiger aus, wenn man die langfristigen Schulden als bedingtes Eigenkapital ansieht und diesem zuschlägt. Leider liegen aus der Statistik keine Angaben darüber vor, in welchem Umfang die Unternehmen langfristig verschuldet sind, da alle Schulden und sonstigen Abzüge nur in einer Position ausgewiesen werden. Aber auch ohne Wissen um ihre Höhe kann davon ausgegangen werden, daß unter der oben erwähnten Bedingung ein weiterer nicht unerheblicher Teil des Vorratsvermögens durch eigenkapital-

Die Bilanzstruktur der schleswig-holsteinischen Wirtschaft¹⁾ nach der Rechtsform der Unternehmen am 1. Januar 1969



1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Vermögen und Schulden der gewerblichen Unternehmen¹⁾

Bilanzposten	1966	1969	Veränderung in %	1966	1969
	Mill. DM			in % der Bilanzsumme	
Umlaufvermögen	7 290	7 226	- 1	65,1	63,2
davon					
Vorratsvermögen	3 241	2 810	- 13	28,9	24,6
Betriebskapital	4 048	4 416	+ 9	36,1	38,6
Anlagevermögen	3 910	4 211	+ 8	34,9	36,8
davon					
Inländische Betriebsgrundstücke	567	554	- 2	5,1	4,8
Maschinen und ähnliche Anlagen	1 686	2 067	+ 23	15,1	18,1
Sonstige Sachanlagen	1 334	1 127	- 15	11,9	9,9
Finanzanlagen	324	463	+ 43	2,9	4,0
Aktiva	11 200	11 437	+ 2	100	100
Fremdkapital (Schulden und sonstige Abzüge)	7 108	6 977	- 2	63,5	61,0
Eigenkapital	4 091	4 459	+ 9	36,5	39,0
davon					
Schachtelbeteiligungen	20	8	- 59	0,2	0,1
Einheitswert	4 071	4 451	+ 9	36,3	38,9
Passiva	11 200	11 437	+ 2	100	100
Zahl der Unternehmen	40 579	37 850	- 7		

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

ähnliche Mittel abgedeckt ist. Die Eigenkapitaldecke der schleswig-holsteinischen Unternehmen würde damit im Durchschnitt über 40% des Rohvermögens betragen. Befürchtungen über eine zu geringe Ausstattung mit eigenen Mitteln sind somit zumindest für das Jahr 1969 nicht berechtigt. Das Deckungsverhältnis von Eigenkapital zum Anlagevermögen erscheint außerdem in einem günstigeren Licht als aus den Zahlenangaben oben zu entnehmen ist, wenn man berücksichtigt, daß unter der Position "Schulden und sonstige Abzüge" auch langfristig verfügbare eigengebildete Mittel in Form von Rückstellungen für Pensionsanswartschaften enthalten sind. Für diese dem Grunde nach feststehenden, aber der Höhe und dem Fälligkeitszeitpunkt nach unbestimmten Aufwendungen waren von der gewerblichen Wirtschaft zum 1.1.1969 immerhin über 100 Mill. DM zurückgestellt worden.

Die inländischen Betriebsgrundstücke sind auch bei der Hauptfeststellung auf den 1.1.1969 wiederum mit den eingefrorenen Werten in die Bilanzsumme eingeflossen, die aus der Einheitsbewertung des Jahres 1935 stammen. Dies hatte zur Folge, daß ihr Anteil am Rohvermögen, wie auch schon bei früheren Erhebungen zu beobachten, weiter zurückgegangen ist. Ein Ansatz dieser Objekte mit zeitnahen Werten würde zwangsläufig ebenfalls zu einer weiteren Zunahme der Eigenkapitalquote führen, da eine solche Neubewertung für die auf den Grundstücken liegenden Belastungen, die nur mit ihrem Nominalwert unter den Passiva enthalten sind, ohne Einfluß bliebe.

Die Maschinen und ähnlichen Anlagen machen mit ihrem Anteil von fast 50% den wichtigsten Posten des Anlagevermögens aus. Hier sind innerhalb der drei dem Erhebungsstichtag vorangegangenen Jahre bedeutende Investitionen vorgenommen worden, die dazu geführt haben, daß der Wert dieser Bilanzposition sich um fast ein Viertel erhöhte. Wenn auch der Umfang der sonstigen Sachanlagen gleichzeitig zurückging und Verzerrungen des Ergebnisses infolge der fließenden Abgrenzung zu den maschinenähnlichen Anlagen nicht ausgeschlossen sind, so sind die Zahlenangaben dennoch eine Bestätigung für die erheblichen Anstrengungen der gewerblichen Wirtschaft, die Produktion von Waren und Dienstleistungen rationeller zu gestalten und konkurrenzfähig zu bleiben.

Der Aussagewert der Statistik über das Umlaufvermögen ist begrenzt. Die Einheitswertbescheide der Finanzämter lassen nur die Unterteilung in Vorratsvermögen und Betriebskapital zu. Insbesondere fehlt die nähere Aufschlüsselung des Betriebskapitals,

das im Jahre 1969 mit 4,4 Mrd. DM wertmäßig eine erheblich größere Bedeutung besaß als das Vorratsvermögen. Die im Betriebskapital enthaltenen kurz- und mittelfristigen Forderungen, Bankguthaben usw. können leider nicht nach ihrer Fristigkeit dargestellt werden. Es ist daher unmöglich, sich ein einigermaßen erschöpfendes Bild von der Liquiditätslage der Unternehmen zu verschaffen, zumal auch die Untergliederung des Fremdkapitals, wie bereits oben erwähnt, dieselben Mängel aufweist.

Gliederung nach Wirtschaftsbereichen

Die vorgenannten Relationen gelten nur für die Gesamtheit aller Wirtschaftsabteilungen, wobei die Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften ausgenommen sind. Untersucht man die Vermögens- und Kapitalstruktur in den einzelnen Wirtschaftsbereichen, so lassen sich mehr oder minder starke branchentypische Unterschiede feststellen. Sie hängen eng mit der ökonomischen Struktur der einzelnen Wirtschaftszweige zusammen. Die unterschiedliche Kapitalintensität und die unterschiedlichen Fertigungsmethoden in den Unternehmen bewirken zwangsläufig, daß die Anteile der einzelnen Besitz- und Schuldposten an der Bilanzsumme mehr oder minder stark vom Gesamtdurchschnitt abweichen.

Den höchsten Anteil an der Bilanzsumme, den überhaupt irgendeine der in der Tabelle dargestellten Bilanzpositionen erreicht, weist das Anlagevermögen in der Energiewirtschaft auf. Allein die Maschinen und ähnlichen Anlagen in diesem sehr kapitalintensiven Wirtschaftszweig machen drei Viertel des gesamten Rohvermögens aus. Auch in der Verkehrswirtschaft und im Dienstleistungsbereich überschreitet der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme den Durchschnittswert für alle Wirtschaftsbereiche erheblich. Für alle drei Bereiche, speziell aber für die Verkehrswirtschaft, ist ferner das minimale Vorratsvermögen charakteristisch. Verkehr und Energiewirtschaft können die von ihnen produzierten Beförderungsleistungen oder Waren nicht oder nur in sehr geringem Umfange speichern. Die Folge sind häufig nicht ausgelastete Kapazitäten und hoher Kapitalbedarf, um in Spitzenbelastungszeiten der Nachfrage wenigstens einigermaßen gerecht werden zu können. Entsprechendes gilt in abgeschwächter Form auch für den Dienstleistungssektor, zum Beispiel im Beherbergungsgewerbe.

Das ungünstigste Deckungsverhältnis zwischen Eigenkapital und Anlagevermögen besteht in der Verkehrswirtschaft. Hier ist weniger als die Hälfte des Anlagevermögens durch

Vermögen und Schulden der gewerblichen Unternehmen¹ am 1. 1. 1969 nach dem Wirtschaftsbereich

Wirtschaftsbereich	Aktiva								Passiva	
	Zahl der Unternehmen	Bilanzsumme in Mill. DM	Bilanzsumme je Unternehmen in 1 000 DM	Umlaufvermögen		Anlagevermögen			Fremdkapital	Eigenkapital
				insgesamt	darunter Vorratsvermögen	insgesamt	darunter			
							inländische Betriebsgrundstücke	Maschinen und ähnliche Anlagen		
in % der Bilanzsumme										
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei ²	804	62	77	41	12	59	6	29	49	51
Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	91	1 317	14 474	16	2	84	2	75	54	46
Verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie)	1 014	3 229	3 185	71	31	29	5	15	61	39
Übriges verarbeitendes Gewerbe (ohne Bau)	6 395	841	132	64	25	36	8	14	54	46
Baugewerbe	4 027	1 158	287	78	37	22	3	9	65	35
Großhandel	2 703	2 297	850	82	23	18	4	6	76	24
Handelsvermittlung	1 564	71	46	72	18	28	4	3	49	51
Einzelhandel	10 983	1 246	113	72	45	28	7	3	49	51
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 931	692	359	28	1	72	2	18	65	35
Dienstleistungen	8 338	523	63	43	7	57	13	9	40	60
Alle Wirtschaftsbereiche	37 850	11 437	302	63	25	37	5	18	61	39
Von den Unternehmen waren										
Körperschaften	1 596	4 815	3 017	59	19	41	3	28	67	33
Personalgesellschaften	4 743	3 688	778	66	28	34	6	14	60	40
Einzelunternehmen	31 511	2 933	93	66	30	34	6	7	53	47

1) ohne Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

2) nur soweit gewerblich betrieben, d. h. ohne oder nur mit geringer Bodennutzung bzw. Futtergrundlage aus eigener landwirtschaftlicher Erzeugung

eigene Mittel abgedeckt. Aber auch im Bereich Energiewirtschaft ist die Unterdeckung erheblich. An den Unternehmen beider Wirtschaftsbereiche ist die öffentliche Hand teilweise mit großem finanziellen Einsatz beteiligt. Ihre Beteiligung stellt eine gewisse Garantie für die Sicherheit des dort langfristig gebundenen Fremdkapitals dar; das Abweichen von der grundsätzlichen Bilanzregel, wonach zumindest das Anlagevermögen durch Eigenkapital abgedeckt sein muß, ist in diesem Falle nicht so negativ zu beurteilen wie in rein privatwirtschaftlich orientierten Wirtschaftszweigen. In der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen privater Unternehmen und freier Berufe entsprechen dagegen die Deckungsverhältnisse voll und ganz der goldenen Bilanzregel; hier ergibt sich mit 60% die stärkste Eigenkapitalquote unter allen oben dargestellten Wirtschaftsbereichen.

Die verarbeitende Industrie (ohne Bauindustrie) bindet mit 28% des gesamten Rohvermögens fast drei Zehntel des in der schleswig-holsteinischen gewerblichen Wirtschaft angelegten Kapitals, wenn man die Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften von dieser Betrachtung ausnimmt. Es folgt an zweiter Stelle der Großhandel, auf den etwa ein Fünftel der Bilanzsumme aller Wirtschaftsbereiche entfällt. Der Großhandel kommt mit relativ wenig Anlagevermögen und dementsprechend mit einer geringen Eigenkapitaldecke aus. Dagegen ist der Anteil

des Umlaufvermögens an der Bilanzsumme besonders hoch: 82% der Aktiva des Großhandels entfielen im Durchschnitt auf das Umlaufvermögen. Hiervon sind nur gut ein Viertel Vorräte. Der Rest ist Betriebskapital, hierunter insbesondere Forderungen aus Warenlieferungen. Dementsprechend ist auch der hohe Anteil des Fremdkapitals an der Bilanzsumme für den Großhandel charakteristisch. Die relativ größten Vorratsvermögen unterhalten der Einzelhandel und das Baugewerbe. Das Baugewerbe (einschließlich Bauindustrie) arbeitet ähnlich dem Großhandel mit einem hohen Anteil an Betriebskapital, das vornehmlich aus Forderungen für (teil-) fertiggestellte Bauten besteht.

Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Die Bilanzstruktur der Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften weicht so stark von der der übrigen Wirtschaftsbereiche ab, daß eine zusammengefaßte Darstellung die Proportionen der einzelnen Bilanzposten zueinander völlig verschieben würde. Es ist daher zweckmäßig, Vermögen und Schulden der Unternehmen dieses Wirtschaftsbereichs gesondert darzustellen. Allein das Rohvermögen der 692 erfaßten Unternehmen belief sich zu Beginn des Jahres 1969 auf über 12 Mrd. DM. Es war damit sogar noch um fast 600 Mill. DM höher als das Roh-

Vermögen und Schulden¹ der Kreditinstitute,
Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften

Bilanzposten	1966	1969	1966 1969	
	Mill. DM	Ver- ände- rung in %	In % der Bilanz- summe	
Umlaufvermögen	9 168 11 505	+ 26	93,6	95,6
davon				
Vorratsvermögen	3	9 + 181	0,0	0,1
Betriebskapital	9 165 11 496	+ 25	93,6	95,5
Anlagevermögen	628	531 - 15	6,4	4,4
davon				
Inländische Betriebsgrundstücke	43	40 - 6	0,4	0,3
Maschinen und ähnliche Anlagen	3	3 - 6	0,0	0,0
Sonstige Sachanlagen	59	40 - 32	0,6	0,3
Finanzanlagen	522	447 - 14	5,3	3,7
Aktiva	9 796 12 036	+ 23	100	100
Fremdkapital (Schulden und sonstige Abzüge)	9 355 11 439	+ 22	95,5	95,0
Eigenkapital	442	597 + 35	4,5	5,0
davon				
Schachtelbeteiligungen	37	1 - 98	0,4	0,0
Einheitswert	405	596 + 47	4,1	5,0
Passiva	9 796 12 036	+ 23	100	100
Zahl der Unternehmen	570	692 + 21		

1) einschließlich der steuerbefreiten Vermögensteile der öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen

vermögen aller übrigen Wirtschaftsbereiche zusammen. Beide Bilanzsummen sind insofern nicht miteinander vergleichbar, als die

Vermögens- und Schuldposten bei den Banken zum Teil eine andere Funktion haben als bei den übrigen Unternehmen. Das gilt speziell für das Betriebskapital und die Schulden sowie die sonstigen Abzüge.

Die Vermögensstruktur der Banken usw. wird fast ausschließlich durch den überragenden Anteil des Umlaufvermögens bestimmt, auf das 96% des gesamten Rohvermögens entfielen. Ein Vorratsvermögen ist dem Geschäftszweck entsprechend kaum vorhanden, und das ohnehin geringe Anlagevermögen besteht größtenteils aus Finanzanlagen. Hierunter sind hauptsächlich Beteiligungen verschiedener Art zu verstehen, wobei es keinen Unterschied macht, ob sie in Wertpapieren verkörpert sind oder nicht. Auf der Passivseite der Bilanz ist der Anteil des Eigenkapitals minimal. Trotzdem überstieg er 1969 mit seinem Wert von 5% des Rohvermögens wieder das Anlagevermögen. Grob vereinfachend kann man sagen, daß die Bilanzstruktur der schleswig-holsteinischen Banken, Versicherungen und Beteiligungsgesellschaften, soweit sie aus der Einheitswertstatistik entnommen werden kann, weitgehend mit der Höhe der Bilanzsumme charakterisiert ist.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht L IV 5. Vergleiche auch: "Einheitswerte und Zusammensetzung des gewerblichen Betriebsvermögens am 1. 1. 1966" in dieser Zeitschrift 1969, S. 26 (Februar)

Handwerk 1974

Nahezu 7 000 Beschäftigte weniger

Die restriktiven Tendenzen in der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung haben 1974 auch das Handwerk nicht verschont: der Beschäftigtenstand verringerte sich im Jahresmittel um 4,6 %, der Gesamtumsatz war nominal nur noch um 0,2 % höher als im Vorjahr, was einer realen Umsatzminderung von schätzungsweise 5 % bis 7 % entsprechen dürfte. Die größten Einbußen hatte das handwerkliche Bauhauptgewerbe hinzunehmen; es verlor im Jahresmittel gut 5 000 Beschäftigte, das sind fast 12 % seines Vorjahresbestandes. Die Dienstleistungshandwerker konnten demgegenüber nicht nur ihren Beschäftigtenbestand aufstocken (+4,7 %), sondern auch ihre nominalen Umsätze um etwa ein Zehntel ausweiten. Das gilt, etwas abgeschwächt, auch für die Handwerker, bei denen das Schwergewicht der Wirtschaftstätigkeit im Handel liegt.

Hinsichtlich der Beschäftigtenzunahme im Dienstleistungshandwerk ist darauf hinzuweisen, daß dort, insbesondere in der Gebäudereinigung, ein beträchtlicher Teil nicht voll-

Beschäftigte im schleswig-holsteinischen Handwerk 1972 bis 1974

ohne Nebenbetriebe

	Beschäftigte insgesamt (Jahresdurchschnitt)			Veränderung 1974 gegen 1973	
	1972	1973	1974	absolut	%
Handwerk insgesamt	150 000	149 500	142 600	- 6 900	- 4,6
Verarbeitendes Gewerbe	59 600	60 600	58 400	- 2 200	- 3,7
darunter					
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	21 200	22 500	21 400	- 1 100	- 4,9
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	8 400	8 300	8 000	- 300	- 4,1
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	3 000	2 700	2 400	- 200	- 8,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ¹	17 200	17 000	16 700	- 400	- 2,3
Bauhauptgewerbe	45 600	44 000	38 900	- 5 200	- 11,7
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	22 800	22 800	22 400	- 400	- 2,0
Handel	5 700	5 700	5 800	+ 100	+ 2,1
Dienstleistungen	16 300	16 300	17 100	+ 800	+ 4,7

1) ohne 297 (Tabakverarbeitung)

beschäftigte Personen, sondern Teilzeitkräfte sind. Im Leder-, Textil- und Bekleidungs-

handwerk war der Beschäftigtenrückgang mit beinahe 9 % überdurchschnittlich hoch. Hier hat sich der Schrumpfungsprozeß weiterhin fortgesetzt; seit 1970 (30. 9.) verlor dieser Wirtschaftsbereich über 40 % seiner Beschäftigtenzahl, während es im Bauhauptgewerbe im gleichen Zeitraum etwa 18 %, im gesamten Handwerk nur 7,7 % waren. In dieser längerfristigen Betrachtungsweise steht übrigens das Ausbau- und Bauhilfsgewerbe mit einem Beschäftigtenrückgang um 3,5 % seit 1970 noch verhältnismäßig günstig da; hier werden erst um die Jahreswende 1974/75 deutlichere rezessive Einflüsse auf die Beschäftigung erkennbar. Der Beschäftigtenbestand zum Jahresende 1974 liegt nunmehr um 4,6 % unter dem vergleichbaren Vorjahresstand.

Handwerk in der Abschwungphase

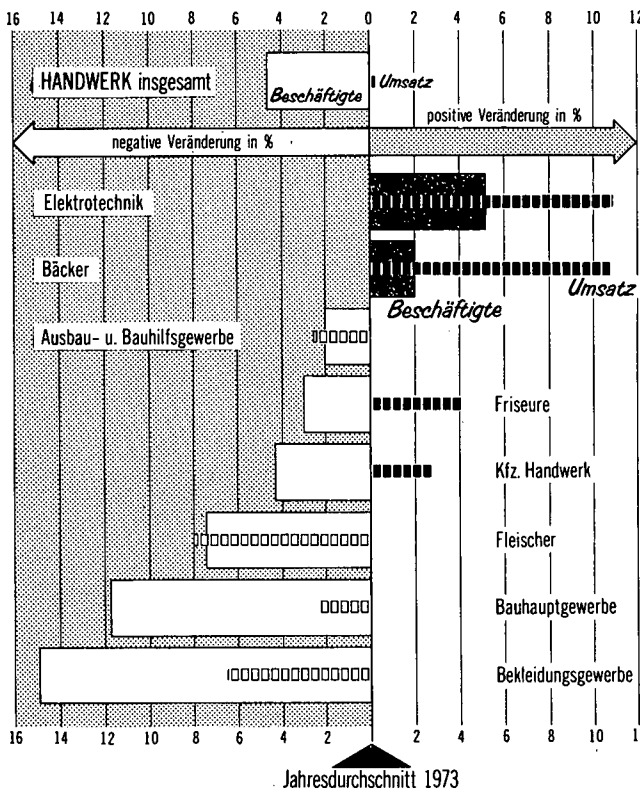
Im mittelfristigen Konjunkturverlauf gehört das Jahr 1974 eindeutig zur Abschwungphase, die durch allgemeine rückläufige Beschäftigung, schwache Investitionstätigkeit und neuerdings - abweichend von der klassischen Theorie - anhaltenden Preis- und Lohnauftrieb, der nur langsam nachläßt, gekennzeichnet ist. Diese inflatorische Komponente führt in der konkreten Situation dazu, daß die Wertumsätze zwar noch steigen, die Mengenumsätze jedoch stagnieren oder gar rückläufig sind. Vor diesem Hintergrund ist die Freisetzung von Arbeitskräften auf breiter Front zu sehen. Es gibt im ganzen Handwerk nur einige wenige Branchen, die sich im vergangenen Jahr dieser Entwicklung entziehen konnten. Nachstehend sind die Branchen mit den größten positiven und negativen prozentualen Veränderungen der Beschäftigtenzahl von Ende 1973 bis Ende 1974 aufgeführt.

Gebäudereinigung, Schornsteinfeger	+ 16,5
Tiefbau (ohne Straßenbau)	+ 8,4
Bäckereien	+ 6,2
Herstellung von Holzmöbeln, Möbeltischlerei	+ 3,2
Straßenbau	+ 2,2
Feinmechanik, Optik, Reparaturen von Uhren	+ 1,4
Hoch- und Tiefbau	- 5,2
Fleischerei	- 5,9
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei	- 6,3
Einzelhandel	- 6,8
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	- 6,8
Maler	- 7,6
Herstellung von Holzbauten, Bautischlerei	- 9,4
Schlosserei, Schmiederei	- 9,7
Bekleidungsgewerbe	- 11,6
Montage und Reparatur von Lüftungs- und Heizungsanlagen	- 11,8
Wäscherei, Reinigung u. ä.	- 14,0
Hochbau	- 16,1

Bei den übrigen, hier nicht besonders genannten Branchen bewegen sich die Beschäftigtenrückgänge zwischen 0 % in der Elektroinstallation und 3,9 % in der Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation.

Im verarbeitenden Handwerk (Wirtschafts- abteilung 2) belief sich der Beschäftigtenverlust auf gut 3 %, wobei das gesamte Holz-, Papier- und Druckgewerbe mit - 6,1 % überdurchschnittliche Verluste aufwies, während das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe im ganzen seinen Beschäftigtenbestand aufrechterhalten konnte. Es liegt nahe, die Beschäftigtenentwicklung im verarbeitenden Handwerk mit derjenigen in der verarbeitenden Industrie des Landes zu vergleichen. Dabei zeigt sich, daß die Industriebetriebe (mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten) ihren Beschäftigtenbestand in der gleichen Zeitspanne lediglich um 1,6 %, also nur etwa halb so stark abbauten. Diese unterschiedliche Entwicklung dürfte teils darauf beruhen, daß in der schleswig-holsteinischen Industriestruktur konjunkturreagible Branchen wie z. B. Fahrzeugbau relativ weniger Bedeutung haben als im verarbeitenden Handwerk, teils aber auch darauf, daß in der Industrie bei Beschäftigungsmangel eher Kurzarbeit eingelegt wird als im Handwerk und damit die Industriebeschäftigung statistisch etwas überhöht ausfällt.

D- 4685 Veränderung im Handwerk 1974 gegen 1973
- ausgewählte Branchen -



Kaum noch reales Umsatzwachstum!

Der Jahresumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer) belief sich 1974 auf 8,75 Mrd. DM, was einer Zuwachsrate von nur noch 0,2 % entspricht. Da kein adäquater Preisindex für das Handwerk verfügbar ist, kann die Preissteigerungsrate des Gesamtumsatzes nur annäherungsweise mit etwa 6 % geschätzt werden. Hält man diese Schätzung für angemessen, dann folgt daraus, daß die Umsatzleistung des Handwerks, insgesamt gesehen, mengenmäßig um etwa 6 % niedriger als im Vorjahr ausgefallen ist. Dabei dürften die mit Schwerpunkt im Handel tätigen Handwerker und die Dienstleistungshandwerke einen realen Mehrumsatz von ungefähr 4 % erwirtschaftet haben, während im Bauhandwerk und in einigen Bereichen des verarbeitenden Handwerks die realen Umsatzeinbußen bis an die 10%-Marke reichen können.

Abschließend noch ein Blick auf die Umsatzentwicklung in einigen vorwiegend konsumnahen Handwerksbranchen: Die Nachfrage nach Radio- und Fernsehgeräten hat sich 1974 auf hohem Niveau gehalten, wie man aus den um rund 11 % (nominal) auf 145 Mill. DM gestiegenen Umsätzen in den elektrotechnischen Handwerksbetrieben folgern kann. Das Bäckerhandwerk gehört mit einer Steigerungsrate von + 10,8 % auf rund 490 Mill. DM Jahresumsatz ebenfalls zu den begünstigten Branchen, während das Fleischerhandwerk mit 948 Mill. DM um 8 % weniger umsetzte als im Vorjahr. Bei den Friseuren betrug der Jahresumsatz 1974 etwa 126 Mill. DM, was einem nominalen Zuwachs von 4,1 % entspricht. Die Umsatzleistung des Kraftfahrzeughandwerks stieg zwar noch um

Umsätze im schleswig-holsteinischen Handwerk 1972 bis 1974

ohne Nebenbetriebe

	Gesamtumsatz (einschl. Mehrwertsteuer)			Veränderung 1974 gegen 1973	
	1972	1973	1974	in	
	Mill. DM			Mill. DM	in %
Handwerk insgesamt	8 368	8 728	8 747	+ 19	+ 0,2
Verarbeitendes Gewerbe	4 163	4 338	4 345	+ 7	+ 0,2
darunter					
Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau	1 541	1 603	1 583	- 20	- 1,2
Holz-, Papier- und Druckgewerbe	438	431	451	+ 20	+ 4,7
Leder-, Textil- und Bekleidungsgewerbe	81	77	76	- 1	- 1,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe ¹	1 575	1 649	1 609	- 39	- 2,4
Bauhauptgewerbe	2 222	2 341	2 289	- 52	- 2,2
Ausbau- und Bauhilfsgewerbe	1 090	1 128	1 099	- 29	- 2,5
Handel	634	654	719	+ 65	+ 10,0
Dienstleistungen	258	266	293	+ 27	+ 10,1

1) ohne 297 (Tabakverarbeitung)

2,8 % auf 886 Mill. DM, in Anbetracht der merklichen Verteuerung der Reparaturen an Kraftfahrzeugen dürfte das reale Umsatzvolumen jedoch deutlich (schätzungsweise um 6 % - 8 %) unter dem vorjährigen geblieben sein. Im Bekleidungshandwerk (ohne Kürschner) waren sogar die Wertumsätze um 6,5 % geringer als 1973, so daß hier der reale Umsatzrückgang sicher 10 % überschritten hat.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht E II 1

Kurzberichte

Ausländische Arbeitnehmer in der schleswig-holsteinischen Industrie am 30.9.1974

Im Zusammenhang mit den in zweijährigem Abstand durchgeführten Feststellungen über die Beschäftigtenstruktur in der Industrie des Landes wurden erstmalig auch die nichtdeutschen Arbeitnehmer ermittelt. In den Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten waren am 30. 9. 1974 insgesamt 187 900 Personen tätig, davon waren 134 400 (71,5 %) männlich und 53 500 (28,5 %) weiblich. Auf die einzelnen Beschäftigtenkategorien verteilt sich der Beschäftigtenbestand wie folgt: etwa 70 % sind Arbeiter, gut ein Viertel Angestellte und 4 %

Auszubildende. Damit haben 99 % aller Beschäftigten Arbeitnehmerstatus und nur 1 % sind Unternehmer (Inhaber und mithelfende Familienangehörige). Unter den 186 800 Arbeitnehmern waren 21 000 Ausländer oder Staatenlose, d. h. etwa jeder 9. Mitarbeiter in der Industrie hatte keine deutsche Staatsangehörigkeit (im Bauhauptgewerbe liegt die Ausländerbeschäftigung mit etwa 3 % deutlich niedriger). Der Frauenanteil ist bei den "Gastarbeitern" mit 30,4 % um gut 2 Punkte höher als bei den deutschen Arbeitnehmern.

Über die Nationalitäten der ausländischen Arbeitnehmer sind nur anhaltsweise Aussagen möglich¹. Danach sind die Türken mit etwa 40 % aller nichtdeutschen Arbeitnehmer die weitaus stärkste Gruppe. Griechen, Spanier und Jugoslawen stellen mit Anteilen von jeweils um 10 % etwa ein Drittel. Italiener und Portugiesen sind mit jeweils 5 % - 6 % beteiligt. Bemerkenswert ist ferner, daß unter den griechischen Arbeitnehmern rund die Hälfte Frauen sind, bei den Italienern erreicht der Frauenanteil dagegen nur etwa 20 %.

Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer ist in den einzelnen Industriezweigen recht unterschiedlich. Erheblich über dem durchschnittlichen Ausländeranteil von 11,2 % liegen die fischverarbeitende Industrie mit 37,3 %, die Gummi- und Asbestverarbeitung (30,8 %), der vom Strukturgewicht in Schleswig-Holstein unbedeutende Bergbau mit 29,3 % sowie die Feinkeramik und Glasindustrie mit 24,1 %. Verhältnismäßig wenige nichtdeutsche Arbeitnehmer gibt es in der Druck- und Vervielfältigungsindustrie (1,8 %), den Meiereien (2,1 %) und der Holzverarbeitung, um einige bedeutendere Branchen zu erwähnen. Praktisch bedeutungslos ist die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer in der Mineralölverarbeitung (0,5 %), der Spirituosenindustrie (1,0 %) und den Brauereien (0,1 %). Es sieht aber nach den Angaben der Industriefirmen zum 30. 9. 1974 so aus, daß es zu diesem Zeitpunkt keine Branche ohne Beschäftigungsfälle von nichtdeutschen Arbeitnehmern gibt.

Der Frauenanteil unter den schleswig-holsteinischen Industriebeschäftigten beläuft sich im Mittel auf 28,5 %, in der Süßwarenindustrie sind sogar gut zwei Drittel aller Beschäftigten Frauen, in der Textilindustrie und der Fischverarbeitung rund 60 %. Verhältnismäßig wenige weibliche Mitarbeiter gibt es im Schiffbau (6,8 %) und in der Industriegruppe "Steine und Erden" (7,0 %). Von den überhaupt in der Industrie arbeitenden Frauen sind knapp 12 % Gastarbeiterinnen. Besonders häufig sind sie in der Fischverarbeitung (47,3 %) vertreten. Weitere Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind die Gummi- und Asbestverarbeitung (28,2 %) und im Verbrauchsgütersektor die Herstellung von Feinkeramik und Glas (27,2 %) sowie die Papier- und Pappeverarbeitung (21,8 %). Demgegenüber werden im Schiffbau, in der Steine- und Erdenindustrie und im Stahl- und Leichtmetallbau kaum ausländische Arbeiterinnen beschäftigt. In der chemischen, der feinmechanischen und optischen Industrie ist zwar der Frauenanteil an allen Beschäftigten dieser Branchen überdurchschnittlich hoch (um 40 %), die Beschäfti-

Nichtdeutsche Arbeitnehmer in ausgewählten Industriezweigen
am 30. 9. 1974

Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

	Nichtdeutsche Arbeitnehmer			
	insgesamt	Anteil an allen Beschäftigten in %	weiblich	Anteil an allen weiblichen Beschäftigten in %
Bergbau	90	29,3	5	17,2
Grundstoffe und Produktionsgüter				
darunter	3 843	13,4	674	10,8
Steine und Erden	600	8,2	6	1,2
Metallerzeugung	870	17,0	82	11,7
Chemie	890	10,2	248	6,9
Gummi- und Asbestverarbeitung	959	30,8	283	28,2
Investitionsgüter	10 563	11,0	2 379	10,9
darunter				
Stahl- und Leichtmetallbau	836	13,2	1	0,2
Maschinenbau (einschl. Büromaschinen)	2 576	8,5	339	6,2
Schiffbau	2 937	13,6	32	2,2
Elektrotechnik	2 088	10,6	1 066	14,1
Feinmechanik, Optik	573	8,0	171	6,2
EBM-Waren	1 152	13,9	603	18,4
Verbrauchsgüter	3 620	9,7	1 738	11,1
darunter				
Feinkeramik, Glasindustrie	882	24,1	327	27,2
Papier- und Pappeverarbeitung	674	18,8	386	21,8
Textilindustrie	772	17,5	420	15,5
Nahrungs- und Genußmittel	2 847	11,3	1 583	16,2
darunter				
Süßwarenindustrie	533	15,9	335	14,7
Fleischverarbeitung	679	13,0	329	16,4
Fischverarbeitung	762	37,3	580	47,3
Industrie insgesamt	20 963	11,2	6 379	11,9

gung von Gastarbeiterinnen jedoch vergleichsweise niedrig, was darauf hindeutet, daß sie (u. a. auch wegen der Sprachschwierigkeiten) wenig Chancen haben, höherwertige Arbeitsplätze einzunehmen. Als Bestätigung für die allgemeine Aussage, daß nichtdeutsche Arbeitnehmer vorwiegend auf weniger qualifizierten Arbeitsplätzen Verwendung finden, können auch die Verhältnisse im Maschinenbau (einschließlich Herstellung von Büromaschinen), der Feinmechanik und Optik sowie der Elektrotechnik beispielhaft herangezogen werden. Dort sind nämlich die Ausländeranteile überhaupt relativ gering, weil technisch komplizierte Produktionsvorgänge von den Beschäftigten nicht nur einen hohen Ausbildungsstand, sondern, u. a. zur unerläßlichen Kommunikation am Arbeitsplatz, auch volle Beherrschung der Sprache verlangen.

Regionale Verteilung

Die meisten nichtdeutschen Arbeitnehmer in der Industrie, nämlich knapp 3 900, wurden am 30. 9. 1974 in der kreisfreien Stadt Lübeck ge-

¹) Auskunft Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein/Hamburg nach dem Stand vom 25. 9. 1972

Nichtdeutsche Arbeitnehmer in den Kreisen am 30. 9. 1974
Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

KREISFREIE STADT Kreis	Nichtdeutsche Arbeitnehmer			
	ins- gesamt	Anteil an allen Beschäft- tigten in %	weib- lich	Anteil an allen weib- lichen Beschäft- tigten in %
FLENSBURG	1 396	15,6	675	25,4
KIEL	3 529	11,5	759	11,2
LÜBECK	3 881	13,5	1 152	15,6
NEUMÜNSTER	1 168	11,0	319	8,2
Dithmarschen	144	2,2	28	1,6
Hzgt. Lauenburg	1 283	13,8	415	13,3
Nordfriesland	33	1,4	5	0,9
Ostholstein	335	5,1	86	3,2
Pinneberg	3 750	15,9	1 449	18,8
Plön	164	6,1	21	2,7
Rendsburg-Eckernförde	660	5,8	55	2,2
Schleswig-Flensburg	171	3,7	81	5,2
Segeberg	2 062	13,8	641	13,9
Steinburg	597	5,7	228	8,1
Stormarn	1 790	10,8	465	10,0
Schleswig-Holstein	20 963	11,2	6 379	11,9

zählt. Im Kreis Pinneberg liegt die absolute Zahl zwar um gut 100 niedriger als in Lübeck, aber die Ausländerquote erreicht mit fast 16 % den höchsten Wert, d. h. im Kreis Pinneberg hat jeder 6. Industriearbeiter nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Für die kreisfreie Stadt Flensburg ergibt sich eine Ausländerquote von 15,6 %, also nicht nennenswert weniger als

in Pinneberg. Die Situation in Flensburg muß jedoch in der Verflechtung mit dem EG-Partner Dänemark und unter Berücksichtigung der spezifischen Industriestruktur dieser Stadt gesehen werden. Sie ist daher mit derjenigen von Pinneberg nur eingeschränkt zu vergleichen. Ergänzend ist für Flensburg noch auf den hohen Anteil weiblicher nichtdeutscher Arbeitnehmer an allen weiblichen Beschäftigten von 25,4 % hinzuweisen. Geringe Ausländerbeschäftigung haben die verhältnismäßig industrieschwachen Kreise Nordfriesland, Dithmarschen und Schleswig-Flensburg.

Die Frauenanteile in den kreisfreien Städten und Kreisen schwanken zwischen 22,2 % in Kiel und 40,7 % in Ostholstein. Dafür dürften in erster Linie spezifische industrielle Strukturgegebenheiten maßgebend sein, z. B. hoher Anteil des Schiffbaues mit relativ niedriger Frauenbeschäftigung in Kiel und umgekehrt hohes Gewicht der Süßwarenindustrie mit hoher Frauenbeschäftigung in Ostholstein. Von den 6 400 weiblichen nichtdeutschen Arbeitnehmern waren gut 1 400 im Kreis Pinneberg tätig; von etwa fünf überhaupt im Kreis Pinneberg in der Industrie arbeitenden Frauen ist eine Gastarbeiterin. Der noch höhere Anteil nichtdeutscher Arbeitnehmerinnen in der kreisfreien Stadt Flensburg (25,4 %) hängt, wie bereits vermerkt, mit den besonderen Verhältnissen in diesem Raum zusammen.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht E 1 4

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtete, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

– = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

27. Jahrgang . Heft 6 . Juni 1975

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 580	2 580	2 580	2 584
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	839	1 343	1 114	929	894
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,9	5,8	4,2	6,1	5,3	4,2	4,5
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	2 020	2 284	2 139	2 019	1 989
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,3	9,9	10,2	10,4	10,1	9,2	10,0
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	2 715	3 031	2 720	2 798	2 917
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,6	12,4	13,7	13,8	12,8	12,7	14,7
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	34	38	34	35	33
*	je 1 000 Lebendgeborene	21,7	18,0	16,8	16,6	15,9	17,3	16,6
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 695	- 747	- 581	- 779	- 928
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,3	- 2,5	- 3,5	- 3,4	- 2,7	- 3,5	- 4,7
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	5 709	6 982	7 717	6 366
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 468	6 204	5 634	6 049	6 675	6 028
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 812	+ 941	+ 75	+ 933	+ 1 042	+ 338
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	9 044	9 965	10 383	10 114
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 597	20 387	22 996	24 775	22 508
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	165	157	149	150	166	149
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	14	29	34	30	26	54	55	50	48
darunter *Männer	1 000	8	17	21	18	15	34	35	32	29
Offene Stellen	1 000	20	14	14	17	17	9	10	12	13
darunter für Männer	1 000	13	8	9	10	10	5	6	6	7
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 ^a	1 507 ^a
darunter *Milchkühe		504 ^a	495 ^a
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000		
*Schweine	1 000	1 659 ^a	1 567 ^a	.	.	1 714	.	.	.	1 621
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 ^a	168 ^a	.	.	174	.	.	.	163
darunter *trächtig	1 000	111 ^a	111 ^a	.	.	113	.	.	.	107
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	28	31	34	38	34	29	35
*Kälber	1 000 St.	1	2	2	2	2	1	1	2	1
*Schweine	1 000 St.	200 ^b	214 ^c	187	193	210	231	186	200	214
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 ^b	7 ^c	9	7	6	13	9	6	5
*Schlachtsmengen ⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	24,2	27,2	22,5	24,8	26,2	29,0	24,1	24,2	27,1
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,0	9,5	7,2	7,9	8,6	10,0	8,8	7,7	9,3
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	15,1	16,7	17,4	18,8	15,1	16,3	17,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	268	263	262	273	270	271	272
Kälber	kg	95	96	98	95	93	93	90	88	93
Schweine	kg	83	85	85	85	85	86	85	84	84
Geflügel										
Eingelegte Bruteier ⁶⁾	*für Legehennenküken	1 000	515	514	614	648	470	481	500	554
	*für Masthühnerküken	1 000	879	956	741	1 011	947	1 006	945	856
*Geflügelfleisch ⁷⁾	1 000 kg	825	755	471	699	816	835	764	755	899
*Milcherzeugung										
darunter *an Meiereien geliefert	1 000 t	181	183	181	228	237	184	181	230	235
	%	93	94	93	94	94	93	93	94	94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	13,0	14,7	15,8	12,0	13,1	15,0	15,8

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975				
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April	
Industrie und Handwerk											
Industrie ⁸⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	187	186	187	187	180	179	178	177	
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	138	136	136	137	137	129	129	127	127	
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 249	21 348	21 851	22 181	22 043	20 123	19 564	19 129	20 407	
*Löhne (brutto)	Mill. DM	208,6	228,2	190,5	200,5	232,9	213,8	201,4	211,4	215,2	
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	97,5	113,3	96,9	100,6	111,3	113,3	112,1	116,9	117,6	
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	28	32	31	32	32	32	26	28	27	
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,8	13,3	15,7	14,1	13,3	16,8	15,2	17,5	16,9	
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	3,5	3,1	5,0	3,1	3,0	5,6	3,7	5,6	5,2	
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	10,3	10,3	10,7	11,0	10,3	11,2	11,4	11,9	11,8	
*Heizölverbrauch	1 000 t	100	96	98	105	98	86	80	79	82	
*leichtes Heizöl	1 000 t	21	18	22	23	19	21	21	20	21	
*schweres Heizöl	1 000 t	79	78	75	82	79	64	59	59	61	
*Stromverbrauch	Mill. kWh	177	178	174	186	177	168	162	168	173	
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	37	38	32	39	32	29	27	
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 436	1 690	1 434	1 809	1 639	1 525	1 562	1 552	1 696	
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	242	318	238	481	285	309	359	310	362	
Produktionsindex (arbeitstäglich)											
*Gesamtindustrie	1962=100	184	191	188	202	206	168	180	194	187	
*Bergbau	1962=100	100	85	96	92	88	78	79	81	79	
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	200	200	212	222	218	171	164	178	178	
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	206	234	225	244	249	201	229	246	247	
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	220	208	212	241	241	171	205	224	204	
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1962=100	139	142	130	137	148	139	139	147	136	
außerdem											
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	143	137	131	138	153	114	107	121	129	
Handwerk (Meßziffern) ¹¹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	96,7	92,3	.	92,3	.	.	.	86,8	.	
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,2	132,4	.	102,4	.	.	.	110,3	.	
Öffentliche Energieversorgung											
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	290	300	308	406	316	361	246	212	209	
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	582	601	612	656	570	714	631	675	639	
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	10	7	10	11	7	9	9	9	7	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet) (ab März 1975 vorläufige Zahlen)											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 242	55 689	55 310	56 648	56 867	49 042	48 013	47 772	48 752	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 906	7 268	6 654	7 580	7 983	6 083	5 187	5 569	6 841	
darunter für											
*Wohnungsbauten	1 000	3 576	3 018	2 928	3 311	3 304	2 513	2 052	2 239	2 662	
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 342	1 186	1 126	1 259	1 411	1 049	907	996	1 150	
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 790	2 845	2 456	2 821	3 059	2 360	2 096	2 186	2 819	
*Löhne (brutto)	Mill. DM	90,2	88,4	74,5	83,8	91,9	74,0	62,4	69,8	81,6	
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	11,3	12,1	10,5	11,0	11,0	11,1	11,1	11,0	10,9	
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	282,0	274,0	152,1	228,8	209,4	201,6	170,5	185,0	197,4	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke
9) eine t Steinkohleneinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975				
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April	
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen											
Baugenehmigungen											
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	946	728	499	770	840	566	608	686	725	
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	853	674	437	651	795	536	568	641	673	
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 018	733	556	1 139	748	500	543	598	717	
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	177 561	135 136	100 001	210 506	136 390	95 628	103 024	115 234	138 233	
*Wohnfläche	1 000 qm	193	134	102	222	130	88	99	108	132	
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	176	152	113	123	153	128	98	144	174	
*umbauter Raum	1 000 cbm	775	568	316	485	490	504	385	516	771	
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	90 227	75 973	43 170	71 707	54 990	88 335	41 120	85 951	101 221	
*Nutzfläche	1 000 qm	141	104	57	88	81	82	55	98	126	
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 305	1 634	1 262	2 981	1 415	997	1 150	1 186	1 526	
Baufertigstellungen											
Wohnungen	Anzahl	2 937	2 295	714	745	853	546	871	534	784	
Wohnräume 12)	Anzahl	11 336	9 637	2 664	3 202	3 621	2 013	3 637	2 541	3 551	
Handel und Gastgewerbe											
Ausfuhr											
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	279,8	367,5	300,2	314,9	309,1	329,5	384,5	
davon Güter der											
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	32,5	47,0	43,1	45,0	53,6	56,6	53,9	
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	247,3	320,5	257,0	269,9	255,5	272,9	330,6	
davon *Rohstoffe	Mill. DM	5,9	8,2	7,7	8,7	7,3	9,5	8,7	
*Halbwaren	Mill. DM	19,7	47,5	23,9	57,1	25,8	46,1	45,4	
*Fertigwaren	Mill. DM	221,7	264,8	225,4	204,1	222,4	217,2	276,5	
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	21,0	28,9	27,4	29,4	30,3	23,4	25,6	
*Enderzeugnisse	Mill. DM	200,7	235,9	198,0	174,7	192,0	193,8	250,9	
nach ausgewählten Verbrauchsländern											
*EG-Länder	Mill. DM	122,3	169,4	129,5	151,9	145,9	165,4	147,8	
darunter Italien	Mill. DM	22,9	23,0	23,6	24,5	27,0	19,4	15,6	
Niederlande	Mill. DM	25,6	46,3	31,0	37,6	28,8	27,3	29,6	
Dänemark	Mill. DM	22,0	33,9	23,1	33,0	27,1	45,8	39,6	
Großbritannien	Mill. DM	18,4	25,2	15,2	16,0	23,6	29,7	21,9	
*EFTA-Länder	Mill. DM	65,4	58,2	39,8	53,5	48,0	50,5	63,8	
darunter Norwegen	Mill. DM	27,5	8,4	8,0	6,8	6,3	6,6	11,4	
Schweden	Mill. DM	19,0	26,0	10,4	20,4	20,4	21,9	27,6	
Handel mit Berlin (West)											
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	
*Index der Einzelhandelsumsätze											
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	133,6	141,2	112,6	r 131,5	139,3	133,0	r 124,8	143,4	...	
*Index der Gastgewerbeumsätze											
(einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	119,2	136,0	83,6	101,2	126,9	98,4	95,2	125,6	...	
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden											
*Fremdenmeldungen	1 000	200	210	72	102	170	68	78	153	...	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	17	7	9	19	6	8	14	...	
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 659	1 724	274	441	856	280	303	784	...	
darunter *von Auslandsgästen	1 000	37	36	16	19	32	11	16	29	...	
Verkehr											
Seeschifffahrt 13)											
Güterempfang	1 000 t	1 121	1 189	1 072	1 167	1 213	
Güterversand	1 000 t	399	518	541	525	526	
Binnenschifffahrt											
*Güterempfang	1 000 t	236	231	237	256	234	201	217	217	204	
*Güterversand	1 000 t	327	296	276	275	304	213	179	200	209	
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge											
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	7 522	6 282	5 690	7 988	8 186	6 003	7 033	9 692	...	
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	92	80	55	133	185	47	83	160	...	
*Lastkraftwagen	Anzahl	6 693	5 585	5 056	7 035	7 296	5 502	6 427	8 708	...	
	Anzahl	386	294	302	364	378	213	243	360	...	
Straßenverkehrsunfälle											
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 428	1 293	897	1 063	1 167	1 099	1 054	p 1 164	p 1 144	
*Getötete Personen	Anzahl	61	55	40	56	54	61	48	p 50	p 49	
*Verletzte Personen	Anzahl	1 891	1 698	1 114	1 423	1 558	1 393	1 319	p 1 583	p 1 492	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- d) durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	23 319	23 603	23 557	24 996	25 152	25 490	25 497
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	22 538	22 800	22 792	24 035	24 196	24 528	24 540
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	4 964	5 146	5 068	5 073	5 075	5 231	5 094
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	4 941	5 120	5 043	5 037	5 038	5 187	5 044
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	22	26	25	36	37	44	49
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	1 987	2 017	2 023	2 225	2 229	2 197	2 180
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	1 847	1 879	1 883	2 037	2 037	2 002	1 975
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	140	139	140	188	192	195	205
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	15 587	15 637	15 702	16 737	16 892	17 100	17 266
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 140	13 187	13 249	14 008	14 138	14 280	14 388
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 448	2 450	2 452	2 729	2 754	2 820	2 878
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	18 481	18 452	18 548	20 153	20 333	20 231	20 419
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	10 644	10 628	10 724	11 437	11 498	11 249	11 164
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	6 678	6 736	6 787	7 281	7 264	7 102	7 054
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	3 966	3 892	3 937	4 156	4 235	4 147	4 109
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	7 837	7 824	7 824	8 715	8 835	8 983	9 256
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	4 686	4 680	4 677	5 193	5 260	5 316	5 437
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	395	400	392	643	484	514	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	380	400	361	413	392	581	365	366	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	12	20	35	20	15	11	23
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	1	2	4	-	-	1	4
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	449	473	495	451	370	424	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	1,581	1,675	4,458	1,446	1,524	2,171	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	373 472	426 990	356 880	458 090	306 389	393 288	422 514	458 799	261 532
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	278 599	323 334	214 016	367 935	209 837	266 448	280 292	366 901	182 599
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	186 403	220 801	201 822	129 903	178 777	220 717	254 265	124 433	125 938
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	72 222	79 352	1 370	193 797	24 463	36 214	17 065	199 464	41 943
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	2 004	2 462	1 771	9 025	2 377	6 562	2 428	1 118	3 199
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	17 970	20 719	9 053	43 333	4 220	2 955	6 534	41 885	11 518
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	94 873	103 656	142 865	90 155	96 552	126 840	142 222	91 898	78 933
*Umsatzsteuer	1 000 DM	68 131	67 757	106 326	56 934	59 037	91 491	111 174	64 765	50 379
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	26 742	35 899	36 539	33 221	37 515	35 349	31 047	27 133	28 554
*Bundessteuern	1 000 DM	116 332	90 245	132 648	130 177	122 617	45 088	47 661	39 878	36 032
*Zölle	1 000 DM	10 676	10 146	9 811	10 001	10 545	52 546	188	194	308
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	99 163	72 545	115 825	110 243	106 338	39 028	41 171	35 035	31 309
*Landessteuern	1 000 DM	30 039	31 533	37 065	28 920	27 472	33 256	39 051	24 636	30 625
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 700	6 842	14 566	3 972	1 681	1 573	15 505	2 450	1 129
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	17 414	17 958	16 091	18 280	19 887	25 055	16 104	17 012	22 503
*Biersteuer	1 000 DM	951	986	729	723	699	715	720	695	788
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	187 078 ⁺	208 162 ⁺	.	182 093
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 114 ⁺	7 101 ⁺	.	6 969
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	26 496 ⁺	25 830 ⁺	.	26 383
*Gewerbesteuer	1 000 DM	121 447 ⁺	140 023 ⁺	.	113 635
nach Ertrag und Kapital (brutto) ²⁰⁾	1 000 DM	15 929 ⁺	17 983 ⁺	.	18 032
*Lohnsummensteuer	1 000 DM
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	296 497	292 702	295 194	348 283	297 542	244 236	209 525	257 633	189 832
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	110 391	127 619	72 487	161 309	90 692	115 239	73 729	160 778	79 548
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	61 668	65 303	90 005	56 798	60 828	78 994	87 824	56 977	48 938
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 106	9 535	55	-	23 406	4 915	312	-	25 314
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	232 862	258 394	234 816	257 139	203 904	241 077	293 670	257 519	191 647
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	129 683	150 765	108 713	161 309	90 692	115 239	157 465	160 778	79 548
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	65 034	66 561	88 982	66 910	62 334	87 668	96 842	72 106	56 160
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	8 106	9 535	55	-	23 406	4 915	312	-	25 314
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030 ⁺	285 639 ⁺	.	208 686
*Gewerbesteuer	1 000 DM	72 809 ⁺	82 811 ⁺	.	101 086
nach Ertrag und Kapital (netto) ²²⁾	1 000 DM	111 589 ⁺	134 689 ⁺	.	39 142
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589 ⁺	134 689 ⁺	.	39 142

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974			1975			
		Monats- durchschnitt		Febr.	März	April	Januar	Febr.	März	April
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	144,8	146,0	145,2	142,3	140,7	140,2	...
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	125,7	128,3	129,8	136,0	135,6	136,2	...
Grundstoffpreise	23) 1962=100	120,3	143,3	141,1	143,3	144,0	143,7	142,7
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte	23) 1970=100	114,1	129,4 ^f	125,1	126,7	127,9	134,6	134,6	134,6	135,3
landwirtschaftlicher Produkte	23) 1961/63=100	118,7 ^e	118,8 ^f	119,6	118,0	114,5	118,6 ^p	119,1 ^p	121,7 ^p	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude	24) 1962=100	187,1	200,8	193,9	.	.	.	203,7	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)	23) 1962/63=100	127,3 ^e	139,8 ^f	143,0	143,5	143,0	149,9	150,5	150,5	...
Einzelhandelspreise	1962=100	131,6	141,7	137,4	138,5	139,9	147,5	148,4	148,9	149,7
*Preisindex für die Lebenshaltung	25) 1970=100	118,8	127,1	124,8	125,2	125,9	131,3	132,0	132,6	133,6
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	118,0	123,6	121,8	122,3	123,4	126,5	127,1	127,7	129,3
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	126,2	127,3	128,5	134,3	135,0	135,3	135,5
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	123,2	123,8	124,2	128,2	129,3	130,6	132,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	156,1	150,1	143,5	158,8	157,8	158,0	159,1
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	119,8	120,8	121,4	129,4	130,2	130,2	130,9
Löhne und Gehälter ²⁶⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	.	.	422	421
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	.	.	445	446
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	.	.	267	277
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	.	.	258	268
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	.	.	9,68	9,95
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	.	.	10,21	10,43
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	.	.	6,58	7,00
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	.	.	6,36	6,73
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	.	.	43,6	42,3
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	.	.	40,6	39,6
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	.	.	2 199	2 294
*weiblich	DM	1 355	1 512	.	.	1 485	1 568
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	.	.	2 399	2 467
*weiblich	DM	1 321	1 501	.	.	1 481	1 526
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	.	.	1 911	2 014
*weiblich	DM	1 129	1 252	.	.	1 222	1 320
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	.	.	2 155	2 259
weiblich	DM	1 384	1 537
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	.	.	2 007	2 109
weiblich	DM	1 184	1 322	.	.	1 294	1 389
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	.	.	2 375	2 448
weiblich	DM	1 325	1 502	.	.	1 483	1 526

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeihilfen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31.12.

e) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1973/74 (Juli-Juni)

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	ins- gesamt	in EC- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt	im sozialen Wohnungs- bau						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM			in 1 000					
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	22	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen ⁴⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	45	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	...	31,2

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	r 3 556	r 2 816	1 000	r 1 149	r 3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 783 ^a	2 200 ^b

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude 1962=100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1970=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾	
	indu- strieller Produkte 7) 1970=100	landwirt- schaftlicher Produkte 7)8) 1961/63 =100		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen	Männer		
DM												
1970	100	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	104,3	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	107,0	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	114,1	118,8	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	...	200,8	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Kassenkredite

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

a) darunter Schulden der Eigenbetriebe 536 Mill. DM

2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

6) alle privaten Haushalte

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

b) darunter Schulden der Eigenbetriebe 470 Mill. DM

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. Januar 1975			Bevölkerungsveränderung im Januar 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1975	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	94 592	+ 0,1	- 0,9	- 31	95	64	26 251	23 936
KIEL	263 402	- 0,3	- 0,8	- 56	- 832	- 888	74 124	67 532
LÜBECK	234 132	- 0,2	- 0,7	- 128	- 250	- 378	62 366	56 203
NEUMÜNSTER	85 594	- 0,1	- 0,8	- 30	- 21	- 51	26 275	23 433
Dithmarschen	131 938	- 0,0	- 0,7	- 33	2	- 31	47 195	36 654
Hzgt. Lauenburg	150 946	+ 0,0	+ 0,4	- 72	129	57	48 514	41 034
Nordfriesland	161 716	+ 0,1	+ 0,1	- 55	146	91	58 473	46 458
Ostholstein	185 927	- 0,1	+ 0,0	- 84	- 70	- 154	60 503	50 527
Pinneberg	253 262	- 0,0	+ 0,2	- 75	71	- 4	81 873	71 407
Plön	113 663	+ 0,2	+ 0,4	- 11	286	275	41 934	34 592
Rendsburg-Eckernförde	235 565	+ 0,0	+ 0,6	- 50	113	63	81 791	66 826
Schleswig-Flensburg	176 464	+ 0,1	+ 0,5	- 55	159	104	66 236	52 124
Segeberg	192 572	+ 0,2	+ 2,2	28	270	298	72 841	61 359
Steinburg	131 314	- 0,1	- 0,9	- 48	- 70	- 118	45 103	36 390
Stormarn	172 815	+ 0,1	+ 1,6	- 79	310	231	58 683	50 849
Schleswig-Holstein	2 583 902	- 0,0	+ 0,1	- 779	338	- 441	852 162	719 324

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im April 1975 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. 3. 1975	Beschäftigte am 31. 3. 1975	Umsatz ⁴⁾ im März 1975 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	57	8 545	81	37	-	54
KIEL	144	29 363	133	122	2	154
LÜBECK	138	27 292	207	109	1	136
NEUMÜNSTER	74	9 953	52	46	-	52
Dithmarschen	59	5 985	156	50	3	73
Hzgt. Lauenburg	96	8 832	57	56	5	60
Nordfriesland	46	2 401	42	78	3	113
Ostholstein	76	5 756	48	87	2	119
Pinneberg	221	22 321	178	108	2	148
Plön	38	2 394	19	48	8	61
Rendsburg-Eckernförde	122	11 093	85	111	9	145
Schleswig-Flensburg	67	4 452	70	74	5	99
Segeberg	178	14 243	121	80	4	112
Steinburg	96	9 976	108	56	4	65
Stormarn	138	15 428	194	82	1	101
Schleswig-Holstein	1 550	178 034	1 552	1 144	49	1 492

1) nach dem Gebietsstand vom 31. Januar 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. Dezember 1974			Offene Stellen am 31. 3. 1975	Kuhmilcherzeugung im März 1975			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 12. 1974	Rindvieh am 3. 12. 1974	
		VZ 1961	31. 12. 1973						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %						in 1 000	in %	in 1 000
Schleswig-Holstein	2 584	+ 11,5	+ 0,2	12	230	93,6	15,0	1 567	1 507	495
Hamburg	1 734	- 5,4	- 1,0	12	2	91,6	12,6	13	17	4
Niedersachsen	7 265	+ 9,4	+ 0,1	28	457	90,8	14,3	5 756	2 937	1 008
Bremen	724	+ 2,5	- 0,7	5	2	87,6	12,9	7	17	5
Nordrhein-Westfalen	17 218	+ 8,2	- 0,2	74	266	94,4	12,3	4 350	1 913	663
Hessen	5 576	+ 15,8	- 0,1	26	118	86,2	11,8	1 469	902	320
Rheinland-Pfalz	3 688	+ 7,9	- 0,3	13	83	83,5	11,0	711	684	242
Baden-Württemberg	9 226	+ 18,9	- 0,1	38	213	79,4	9,8	2 135	1 822	696
Bayern	10 849	+ 14,0	- 0,0	41	583	87,5	9,7	4 130	4 546	1 930
Saarland	1 103	+ 2,9	- 0,8	3	10	79,7	11,9	66	75	27
Berlin (West)	2 024	- 7,9	- 1,2	10	0	24,5	15,5	10	1	1
Bundesgebiet	61 992	+ 10,3	- 0,2	261	1 962	88,8	11,6	20 213	14 420	5 390

Land	Industriebeschäftigte (alle Betriebe, Totalerhebung) am 30. 9. 1974		Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Januar 1975			
	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Beschäftigte am 31. 1. 1975		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
			in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	192	74	49	19	997	3,9	546	2,1
Hamburg	191	110	32	18	256	1,5	337	1,9
Niedersachsen	763	105	143	20	2 763	3,8	1 333	1,8
Bremen	104	143	16	22	414	5,7	81	1,1
Nordrhein-Westfalen	2 570	149	314	18	4 397	2,6	2 671	1,6
Hessen	110	20	2 367	4,2	576	1,0
Rheinland-Pfalz	406	110	71	19	2 005	5,4	708	1,9
Baden-Württemberg	1 584	171	190	21	3 637	3,9	3 145	3,4
Bayern	1 403	129	211	19	4 069	3,8	3 428	3,2
Saarland	165	149	17	15	389	3,5	-	-
Berlin (West)	231	114	34	17	792	3,9	220	1,1
Bundesgebiet	1 188	19	22 086	3,6	13 045	2,1

Land	*Kfz-Bestand ¹⁾ am 1. Januar 1975			Straßenverkehrsunfälle ³⁾ mit Personenschaden im Februar 1975				Bestand an Spar- ⁴⁾ einlagen am 28.2. 1975 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ²⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000				im 4. Vierteljahr 1974						
				in DM je Einwohner							
Schleswig-Holstein	852	719	278	1 054	48	1 319	130	3 419	353	353	...
Hamburg	524	476	274	725	24	925	131	6 370	640	2 881	...
Niedersachsen	2 431	2 033	280	2 693	162	3 356	131	4 213	348	355	...
Bremen	215	193	267	269	6	305	116	4 873	464	1 412	...
Nordrhein-Westfalen	5 262	4 684	272	5 785	211	7 416	132	4 848	411	572	...
Hessen	1 933	1 661	298	1 983	73	2 649	137	5 412	426	561	...
Rheinland-Pfalz	1 274	1 048	284	1 300	61	1 793	143	4 555	356	409	...
Baden-Württemberg	3 194	2 692	292	3 035	152	4 356	149	5 065	398	544	...
Bayern	3 809	3 044	281	3 663	205	5 039	143	5 209	359	443	...
Saarland	340	302	274	451	23	621	143	4 192	343	376	...
Berlin (West)	514	465	230	851	26	1 105	133	4 479	322	871	...
Bundesgebiet	20 347 ^a	17 317 ^a	279	21 809	991	28 884	137	4 862	391	582	...

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) ohne Bundespost und Bundesbahn

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

4) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

Gebiet und Bevölkerung

Eheschließungen und -lösungen	4/75
Mehrlingsgeburten	3/50

Bildung und Kultur

Altersstruktur der Studenten	1/2
Ausländische Studenten	3/53

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

90 Jahre Raiffeisen	2/27
-------------------------------	------

Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft

Industrie-Investitionen 1973	1/11
Verarbeitende Industrie 1974	1/8

Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Baugewerbe am Wendepunkt?	2/32
Die nächste Wohnungszählung	1/16
Investitionen im Baugewerbe	1/13

Handel und Gastgewerbe

Umsatzentwicklung im Gastgewerbe	2/46
Zur Statistik im Einzelhandel	4/83

Öffentliche Sozialleistungen

Krankenversicherung	3/71
-------------------------------	------

Öffentliche Finanzen

Körperschaftsteuer 1971	2/39
-----------------------------------	------

Löhne und Gehälter

Struktur Löhne und Gehälter	3/57
---------------------------------------	------

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

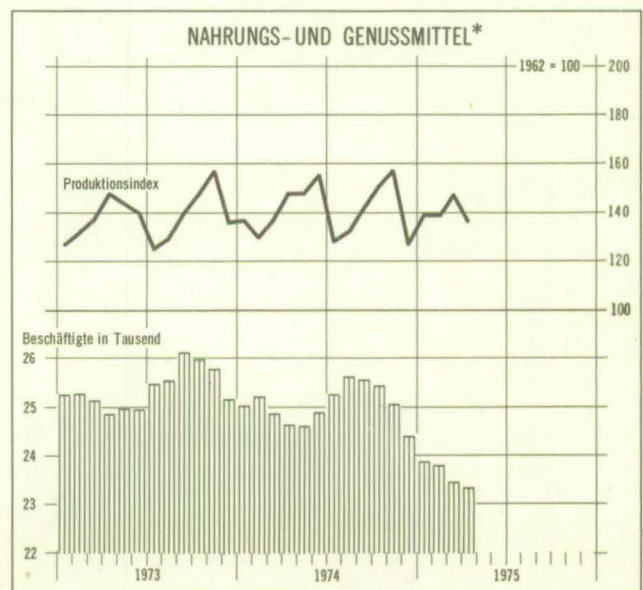
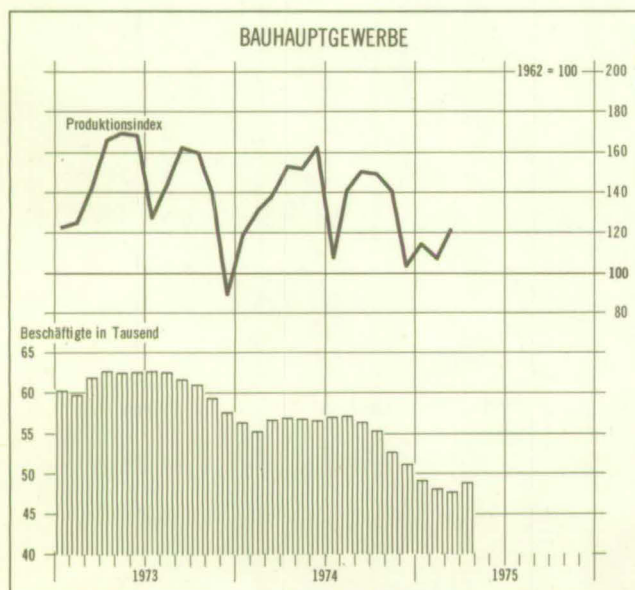
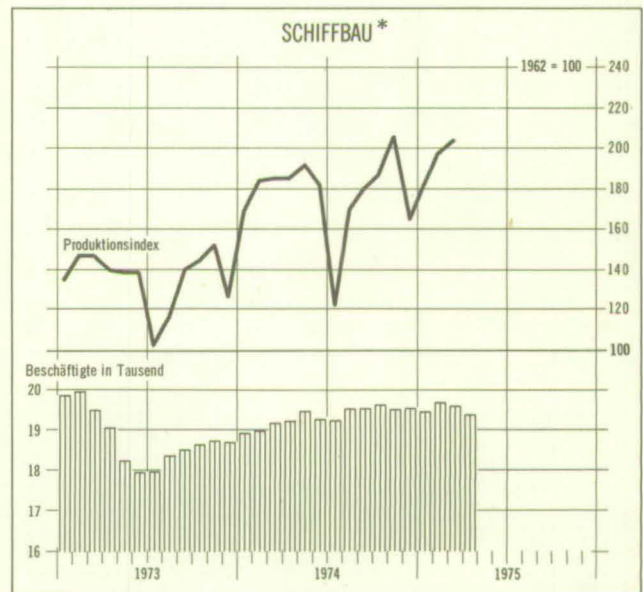
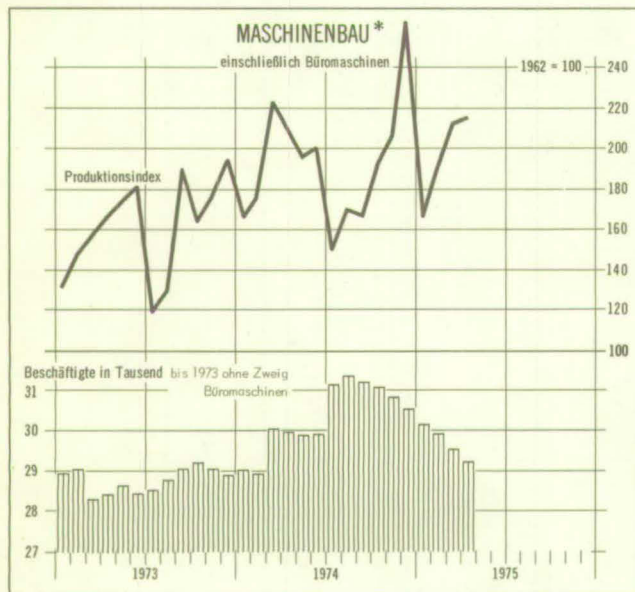
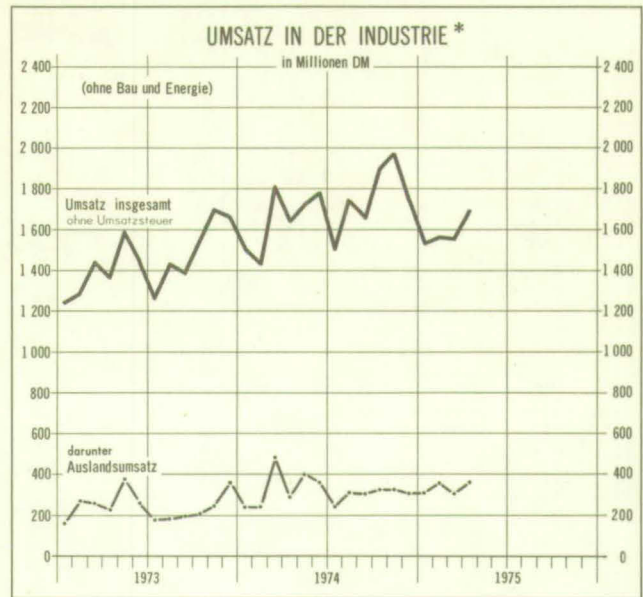
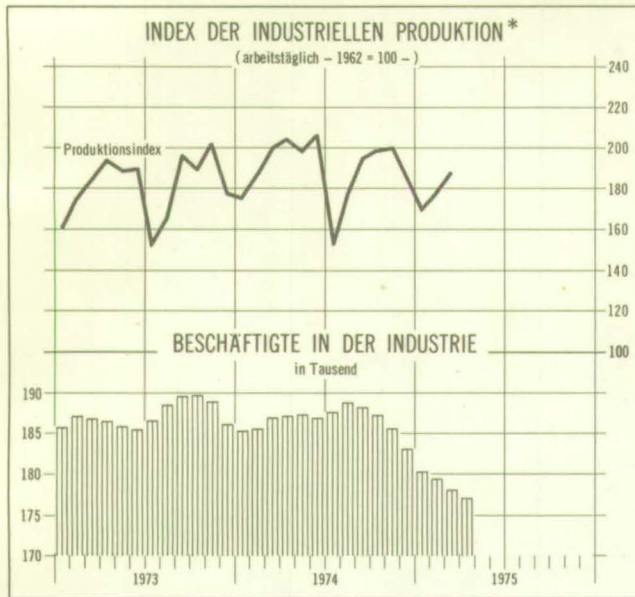
Sozialprodukt (Teil 1)	4/87
----------------------------------	------

Verschiedenes

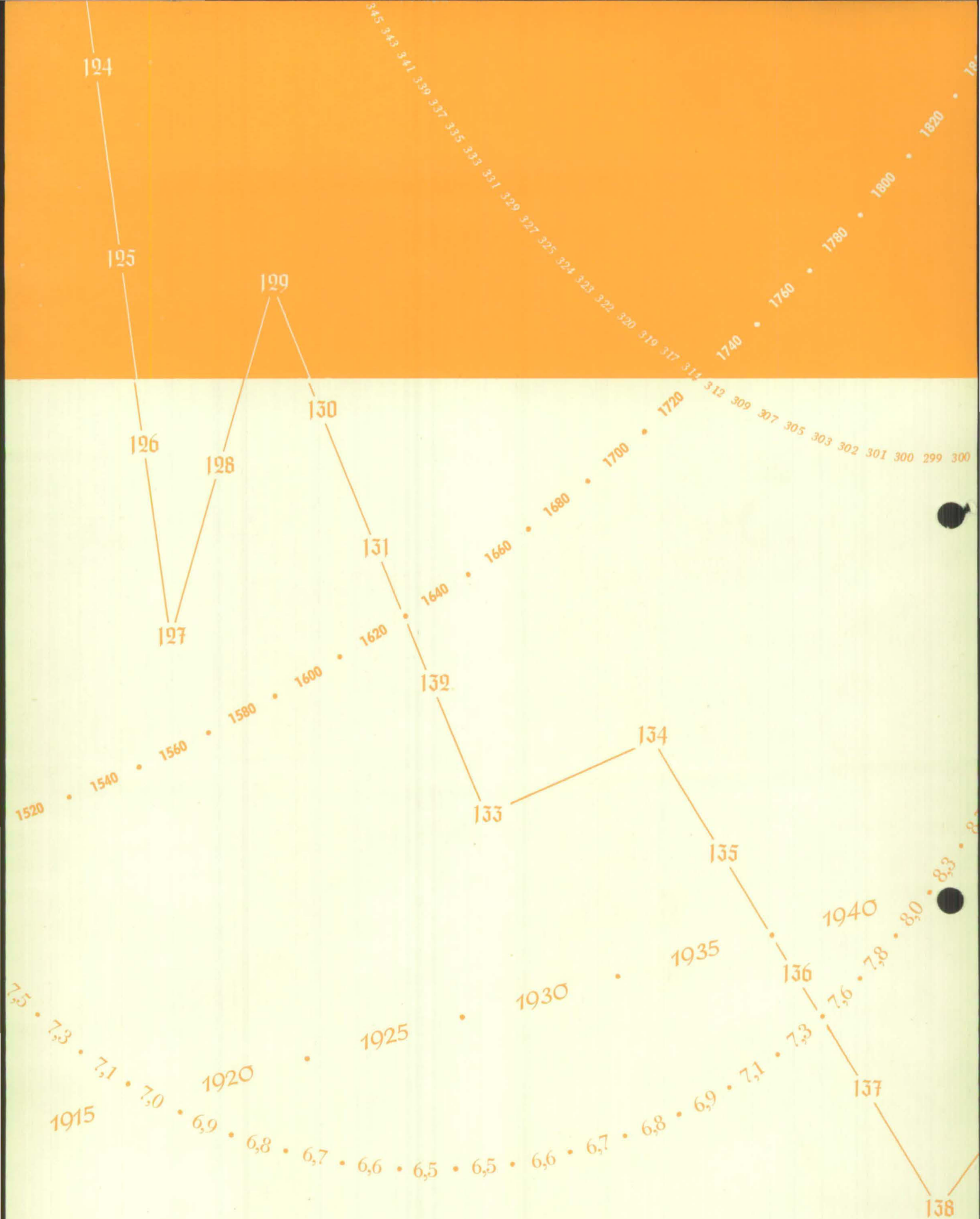
Geldwertsicherung mit statistischen Bezugsgrößen	5/97
------------------------------------------------------------	------

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen